

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Straße 43.

Inserate für die Biergespalt, Zeitzeile oder deren Raum 60 Pfg.  
Bergnützungsanzeigen und Stellenvermittlungen 30 Pfg.  
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg. Beilagen nach Vereinbarung.

## Der sozialdemokratische Parteitag.

Jena, 17. bis 23. September 1905.

Der diesjährige Parteitag der sozialdemokratischen Partei hat für die Gewerkschaften erhöhtes Interesse. Standen doch in Jena neben der Reorganisation der Partei, die auch für uns Gewerkschafter von großer Bedeutung ist, die Maifeier und der politische Massenstreik auf der Tagesordnung, welche beide Fragen auch den Eölnner Gewerkschaftskongreß beschäftigt haben; bildeten diese Parteitagsgespräche doch den Höhepunkt und in gewissem Sinne auch einen Abschluß der nach Eöln wieder einmal angefachten, teilweise unerquicklichen Diskussion über die Frage: „Partei und Gewerkschaft“. Mit den Gewerkschaften hat sich der Parteitag denn auch sehr eingehend beschäftigt.

In der Eröffnungsitzung wie auch in der Schlußrede war von der Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaft die Rede, mehr oder weniger boten aber alle Verhandlungsgegenstände den Rednern Veranlassung, sich mit dem Gewerkschaftsproblem zu beschäftigen. Den Mittelpunkt dieser Erörterungen bildeten aber drei offizielle Reden, die die Beachtung aller Gewerkschafter verdienen, weil sie im großen ganzen eine erfreuliche Würdigung der gewerkschaftlichen Bewegung im allgemeinen wie der gewerkschaftlichen Taktik im besonderen boten: Mollers Rede zum Vorstandsbericht, die man als das Beste bezeichnen kann, was seit Jahren von Seiten der Parteiführerschaft über die Gewerkschaftsbewegung gesagt worden ist; weiter Fischers Rede über die Maifeier und schließlich Bebel's vierstündige Rede über den politischen Massenstreik. Es muß betont werden, daß in allen drei Reden das ernste Bestreben zutage trat, den Gewerkschaften gerecht zu werden, was man von der Gewerkschaftsdebatte nach dem Eölnner Gewerkschaftskongreß nicht immer sagen konnte.

Allerdings lief auch in den Debatten auf dem Parteitag manches ungerechte Urteil über die Gewerkschaften mit unter das durch Sachkenntnis nicht getrübt war, und es wirkte geradezu peinlich, daß diese sachlich nicht gerechtfertigten Angriffe auf unsere Bewegung bei der Masse der Delegierten sichtlich Eindruck machten. Aber das sind wir ja von jeher nicht anders gewöhnt, daß man in Parteikreisen unsere Bewegung mit einem gewissen Mißtrauen verfolgt, daß man bei taktischen Beschlüssen der Gewerkschaften nach „Hintergedanken“ forscht und so recht vorurteilsvoll die Gewerkschaftsbewegung nicht mehr beurteilt.

Zu einem guten Teil tragen die Gewerkschaftsführer und trägt die Gewerkschaftspressen an diesem unleidlichen Zustand mit die Schuld. Seit Jahren sind die Gewerkschaften von einigen Parteigenossen, besonders in der „Neuen Zeit“, immer wieder angegriffen worden, hat man von künstlerischen Neigungen, von Versumpfung der Gewerkschaften geredet, ohne daß diese schiefe Beurteilung der gewerkschaftlichen Bewegung die notwendige Zurückweisung in der Gewerkschaftspressen gefunden hätte. Unsere führenden Genossen in den Gewerkschaften hielten alle diese Anklagen für zu unwichtig, um sie zu widerlegen; die Agitations- und Organisationsarbeit nahm sie so in Anspruch, daß sie zu Diskussionen über — die Versumpfung der Gewerkschaften keine Zeit fanden. Zudem konnten sie hoffen, daß ihre sich mit jedem Jahre steigende Klassenkampfaktivität sie bei der aufgeklärten Arbeiterschaft schon von selbst der Verpflichtung entthob, sich gegen den Vorwurf der Versumpfung und Versumpfung zu verteidigen. Zum anderen war wohl bei den meisten Genossen in verantwortlichen gewerkschaftlichen Stellungen die Rücksicht auf die sozialdemokratische Partei entscheidend, wenn sie diese Angriffe unwidersprochen passieren ließen. Alle diese Genossen sind ja nicht nur Gewerkschafter, sondern auch Sozialdemokraten; oft genug haben sie beobachtet müssen, daß gerade solche Auseinandersetzungen zwischen Partei und Gewerkschaften den letzteren überaus ausgelegt wurden, deshalb sind wohl seit Jahren diese Angriffe unwidersprochen geblieben. Dem Ansehen der Gewerkschaften ist diese Passivität aber durchaus nicht förderlich gewesen. Im Gegenteil hat sich gerade unter den Parteigenossen, welche der praktischen Gewerkschaftstätigkeit entfremdet worden sind, die Ansicht immer mehr verbreitet, daß die Gewerkschaften sich tatsächlich auf Wegen befinden. Die Theoretiker haben das ja gesagt, und die Gewerkschaftsführer haben das nicht widerlegt, jedenfalls — so urteilen diese Genossen — weil sie das nicht widerlegen konnten. Nur so ist die Mißstimmung, die sich in Parteikreisen gegen die Gewerkschaften bemerkbar macht, erklärlich.

Wir arbeiten dieser Mißstimmung am besten entgegen, wenn wir Angriffen auf die gewerkschaftliche Bewegung

künftig sofort entgegentreten. Das kann streng sachlich geschehen, aber geschehen muß es im Interesse des Ansehens unserer Bewegung. Jedenfalls darf die Gewerkschaftspressen solche Angriffe, wie sie in den letzten Monaten seit Eöln gegen die Gewerkschaften erhoben worden sind, nicht mehr unwidersprochen passieren lassen, sonst tragen wir selbst durch unsere Passivität zu einer gegen die Gewerkschaften gerichteten Legendenbildung und Mißstimmung bei.

Wie leicht man in Jena geneigt war, Angriffe gegen die Gewerkschaften ohne weiteres als bare Münze hinzunehmen, möge nur an einigen Beispielen gezeigt werden. Eine ganze Reihe von Rednern suchten dadurch gegen die Gewerkschaften Stimmung zu machen, daß sie dieselben beschuldigten, ihren Beamten jede politische Betätigung verwehrt zu haben. Damit war für diese Redner und auch für die große Mehrzahl der Parteitagsgesprächsteilnehmer der Beweis erbracht, daß die Gewerkschaften der Partei direkt feindselig gegenüberstünden. Ganz abgesehen davon, daß diese Beschuldigung zu Unrecht erhoben wird, denn ein großer Teil von Gewerkschaftsbeamten steht direkt in Diensten der Partei, sind die Wünsche einzelner Gewerkschaftsmitglieder, ihre Beamten möchten sich in einzelnen Fällen mehr oder gar ausschließlich der Gewerkschaft widmen, doch niemals als gegen die Partei gerichtete gewerkschaftliche Willensmeinungen aufzufassen gewesen. Wollte man aus diesen Wünschen einzelner Gewerkschaftsmitglieder den Gewerkschaften einen Vorwurf machen, so müßte man diesen Vorwurf ja in erster Linie gegen die Partei selbst richten, die es ebenfalls in einigen Fällen den Parteiangestellten, wie beispielsweise den Redakteuren, direkt verwehrt hat, Reichstagsmandate anzunehmen. Da man der Partei darüber Vorwürfe nicht gemacht hat, sollte man den Gewerkschaften aus diesem Wünsche einzelner Gewerkschaftsmitglieder Vorwürfe erst recht nicht machen. Bebel hat in Jena ungefähr dem Sinne nach gesagt, er halte es für seine Pflicht, als Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei seine Kräfte ganz dieser Partei zur Verfügung zu stellen; nichts anderes als dieses Pflichtgefühl forderten einzelne Gewerkschaftsmitglieder von ihren Beamten, wenn sie gelegentlich den Wunsch äußerten, diese möchten mehr oder auch ausschließlich sich ihrer Gewerkschaft widmen. Von einer Antiposität gegen die Partei war nicht die Rede; es machte deshalb einen direkt peinlichen Eindruck, wenn man beobachten mußte, wie der Parteitag solche Angriffe auf die Gewerkschaften widerspruchslos hinnahm. Ein Delegierter behauptete, in Stuttgart sei die Maifeier von Gewerkschaftsführern immer verächtlich behandelt worden, daraus würde sich auch die geringe Beteiligung an der Feier. Das macht einen Eindruck auf dem Parteitag, obwohl es nicht richtig ist. Nicht nur die Gewerkschaften und am allerwenigsten die Gewerkschaftsführer tragen die Verantwortung für das Fiasko der Maifeier in Stuttgart, die Partei kann sich gut und gern den größeren Anteil der Schuld an diesem unleidlichen Zustand zuschreiben. Einem anderen Delegierten ist die Aufnahme eines Artikels zur Diskussion über die Maifeierfrage in seinem Verbandsorgan, dem „Bureauangestellten“, verwehrt worden. Das wird als ein Zeichen für die Versumpfung der Gewerkschaften angeführt. Der Bureauangestelltenverband führt zwar mit seinen 600 Mitgliedern ein recht bescheidenes Dasein, aber bezeichnend ist diese Zurückweisung eines einzigen Artikels für die Maifeiergegnerschaft der — Gewerkschaftsführer deshalb doch. — Ein Genosse Kolb von Karlsruhe hat in den „Sozialistischen Monatsheften“ einen Artikel über die Taktik der Partei gegenüber dem Zentrum veröffentlicht. Die ganze Geschichte hat mit der Gewerkschaftsbewegung aber auch nicht das mindeste zu tun; gleichwohl wird dieser Artikel unter dem Beifall des Parteitags zu einem Angriff auf die Gewerkschaften verwendet. Und ähnlicher Unbegreiflichkeiten, die aber bezeichnend sind für die Stimmung, die in Parteikreisen gegenüber den Gewerkschaften herrscht, ließen sich mehrere anführen. Diese Debatten boten durchaus kein erfreuliches Bild.\*

\* Mehr erheitend wirkte ein Angriff der Genossin Rosa Luxemburg auf die Gewerkschaftspressen. Um zu beweisen, wie wenig die Gewerkschaftspressen von sozialistischem Geiste durchdrungen sei, zitierte sie den „Fackelgenossen“, das Organ des Glasarbeiterverbandes. Nun wird der „Fackelgenosse“ von dem Genossen Horn, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, redigiert und herausgegeben, andererseits war der „Fackelgenosse“ neben dem „Schuhmacherfachblatt“, dem „Tabakarbeiter“ und der „Ameise“ die einzige Gewerkschaftszeitung, die mit dem Eölnner Gewerkschaftskongreß nicht zufrieden war. Wenn sogar dieser unentwegte „Fackelgenosse“ den sozialistischen Geist vermissen läßt, ist für Rosa Luxemburg allerdings sehr viel Anlaß zur Entrüstung über die Gewerkschaftspressen gegeben.

Und doch hat uns der diesjährige Parteitag mehr als befriedigt, und wir stehen nicht an, zu sagen, daß dieser Parteitag seit dem Parteitag in Erfurt, welcher der sozialdemokratischen Partei ein neues Programm gab, der erfolgreichste ist. Er hat der Partei eine neue, den Zeitverhältnissen entsprechende und vor allen Dingen erfolgversprechendere Organisation gebracht; er hat aber vor allen Dingen in allen Fragen, die er behandelte, eine seltene Sinnlichkeit befundet; der kleinliche Streit zwischen Radikalen und Revisionisten, der die letzten Parteitage fast ganz beherrscht hatte, zum Schaden des äußeren Ansehens und der Aktionsfähigkeit der Partei, wurde in Jena nicht fortgesetzt. Es mag sein, daß die Debatte über Partei und Gewerkschaft es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Praktikern und den Theoretikern in der Partei nicht kommen ließ, deswegen ist unsere Freude über den Verlauf des Jenaer Parteitags doch immer noch sehr groß.

Sinnlichkeit herrschte vor allen Dingen in der Maifeierfrage. Der Parteitag macht es „den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen“. Für diesen Beschluß konnten selbst die Gewerkschafter, welche in Eöln für Aufhebung der Arbeitsruhe eingetreten waren, stimmen. Hatte doch Bömelburg in Eöln unter dem Beifall des Gewerkschaftskongresses die Auffassung des Kongresses in der Maifeierfrage dahin gekennzeichnet, „daß der Beschluß des Amsterdamer Kongresses für uns (die Gewerkschaften) maßgebend ist, daß auch wir (die Gewerkschaften) den 1. Mai feiern genau so, wie es bisher war, und daß auch die Gewerkschaften sich für verpflichtet halten, im Rahmen des Amsterdamer Beschlusses dafür zu sorgen, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht geringer, sondern größer wird“. Die Generalkommission handelte danach nur im Sinne des Eölnner Kongresses, wenn sie in einer Besprechung mit dem Parteivorstand der in Jena zur Maifeierfrage beschlossenen Resolution ihre Zustimmung gab, ebenso wie die Gewerkschafter in Jena selbst richtig handelten, wenn sie der Maifeierresolution zur einstimmigen Annahme verhalfen. So ist bis zum nächsten internationalen Kongreß genügend Zeit und Gelegenheit geboten, nochmals den Versuch einer Neubelebung und wichtigeren Neufassung der Maifeier zu machen.

Nach unserer Überzeugung wäre es auch in der Frage des politischen Massenstreiks zur einstimmigen Votierung der Bebel'schen Resolution gekommen, wenn es in der Debatte in Jena nicht gar zu deutlich zum Ausdruck gekommen wäre, daß diese Resolution sich in gewissem Sinne gegen den Eölnner Gewerkschaftskongreß richtete. Denn von einer tiefgehenden Meinungsverschiedenheit der Partei und der Gewerkschaften in der Massenstreikfrage kann doch nicht gut gesprochen werden, wenn man die in Eöln und in Jena zu dieser Frage beschlossenen Resolutionen ohne Voreingenommenheit miteinander vergleicht. Irgend welche grundsätzliche Unterschiede zwischen beiden Resolutionen sind wohl kaum festzustellen. In der Jenaer Resolution ist ausgesprochen, daß es der Parteitag angesichts der Wahlrechtsenttante für geboten erachtet, „auszusprechen, daß es die gebietende Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln jedem Anschlag auf ihre Menschen- und Staatsbürgerrechte entgegenzutreten und immer wieder die volle Gleichberechtigung zu fordern“. In der Eölnner Resolution heißt es dafür, der Gewerkschaftskongreß erachtet es „als eine unabwiesbare Pflicht der Gewerkschaften, daß sie die Verbesserung aller Geseze, auf denen ihre Existenz beruht, und ohne die sie nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, nach besten Kräften zu fördern und alle Versuche, die bestehenden Volksrechte zu beschneiden, mit aller Entschiedenheit bekämpfen“. Die Jenaer Resolution bezeichnet nun die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung „als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern“. In der Eölnner Resolution werden zwar „alle Versuche, durch die Propaganda des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich erklärt“, und es wird der organisierten Arbeiterschaft empfohlen, „solchen Versuchen energisch entgegenzutreten“, eine grundsätzliche Verurteilung des Massenstreiks als Kampfmittel ist damit aber keineswegs ausgesprochen. Grundsätzlich verurteilt hat der Eölnner Gewerkschaftskongreß lediglich „den Generalstreik, wie er von Anarchisten und Deuten ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird“. Wenn sich der Kongreß in Eöln gegen die „Propagierung des politischen

Massenstreiks“ wandte, so doch nicht, weil er solche Streiks grundsätzlich verurteilt — eine solche Volksbewegung, wie ein Massenstreik, kommt, ob man sie im Augenblick billigen mag oder nicht, ein Votum gegen eine solche Bewegung hat deshalb keinen Sinn —, sondern weil er das „Machen“ einer solchen Bewegung für unsinnig hielt, und weil auch die Taktik bei Kämpfen zur Abwehr reaktionärer Anschläge, wie jede andere Taktik, sich nach den jeweiligen Verhältnissen zu richten hat. Ausdrücklich hat der Gölner Kongress auch ausgesprochen, daß er die Propagierung des Massenstreiks auch deshalb zurzeit für nicht angebracht hält, weil die Arbeiterschaft „durch die Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisationen abgehalten wird“. Und hier berührt sich die Jenaer Resolution wieder mit der Gölner, indem sie der Arbeiterklasse zur möglichen und wirksamen Anwendung des politischen Massenstreiks die größte Unterstützung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und die unausgesetzte Belehrung und Aufklärung der Massen durch die Arbeiterpresse und die mündliche und schriftliche Agitation, zur unumgänglichen Pflicht macht, und indem sie zum Schluß ausdrücklich betont:

„Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, wenn für seinen Beruf eine gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist oder gegründet werden kann, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen. Aber jedes Klassenbewußte Mitglied einer Gewerkschaft hat auch die Pflicht, sich der politischen Organisation seiner Klasse — der Sozialdemokratie — anzuschließen und für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse zu wirken.“

Gerade auf diese Seite der Sache hat auch Bebel in seinem Referat besonders nachdrücklich verwiesen. Die Gewerkschaftsführer hätten danach, ohne sich in Widerspruch mit dem Gölner Beschluß zu setzen, ohne weiteres für den Jenaer Beschluß stimmen können, wie sie ja vor GÖln für den Amsterdamer Beschluß gestimmt haben, wenn von einzelnen Rednern in der Debatte nicht wiederum in einer Weise gegen das Votum des Gölner Kongresses polemisiert worden wäre, die dem Jenaer Beschluß eine Spitze gegen den Gölner Beschluß gab. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten sind auch in dieser Frage zwischen Partei und Gewerkschaften wohl kaum vorhanden, das glauben wir, die wir sowohl der Gölner als der Jenaer Verhandlung beigewohnt haben, ruhig aussprechen zu dürfen.

Die Generalstreikenthusiasten wie die unentwegten Kritiker des Gölner Gewerkschaftskongresses sind im übrigen in Jena wohl kaum auf ihre Rechnung gekommen, obwohl in Jena, zum Unterschied von GÖln, viel von Blut und Revolution die Rede war. Denn die Jenaer Verhandlung hat die Frage des „Wie“ und „Wann“ der Anwendung des Generalstreiks so wenig gelöst oder auch nur berührt, wie die Gölner Verhandlung, trotz der — wegen dieses in GÖln bewiesenen Mangels — seit einigen Monaten gegen den Gewerkschaftskongress geübten Kritik. Und die Jenaer Resolution wird den Generalstreikenthusiasten so wenig gerecht wie die Gölner; und die Jenaer Generalstreikdebatte stand auf keiner anderen Höhe wie die Gölner, ja man kann sagen, daß die Redner von GÖln, die in Jena zum Wort kamen, hier die wirksamsten Diskussionsreden hielten, trotz der „selbstgefälligen, strahlenden, selbstsüchtigeren Borniertheit“, die sie dort angeblich bewiesen haben.

Was wir aber in Jena wie in GÖln beobachten konnten, ist, daß sich Partei und Gewerkschaften einig wissen in dem Streben, der Arbeiterklasse eine bessere Zukunft zu erwirken. Mag man sich über die Wege, die wir dahin einschlagen haben, manchmal in Meinungsverschiedenheiten befinden, in der Sache selbst sind sich Partei und Gewerkschaft durchaus einig. Und daß man auch Meinungsverschiedenheiten zwischen Partei und Gewerkschaften nicht gar zu tragisch zu nehmen hat, lehrt ja allein schon die Stellungnahme beider Bewegungen zu der Frage Arbeitskammern und Arbeiterkammern. Die Partei ist bisher für Arbeitskammern eingetreten, einige Gewerkschaftsführer glaubten für Arbeiterkammern einzutreten zu müssen, weshalb sie sich von der Parteipresse erbitterte Vorwürfe machen lassen mußten. Als nun gar der Gewerkschaftskongress mit mehr als zwei Drittel Mehrheit für Arbeiterkammern votierte, waren der tief sinnigen Betrachtungen über die Gegensätze zwischen Partei und Gewerkschaften kein Ende. Jetzt hat sich der Parteitag ohne jede Debatte mit großer Mehrheit für Arbeiterkammern erklärt.

Nein, irgend welche grundsätzliche Gegensätze zwischen Partei und Gewerkschaften gibt es nicht, das können wir nach Jena, trotz der oft ungerechten Kritik, die wir dort erfahren haben, sagen. Der Parteitag in Jena hat uns darin auch neue bekräftigt. Und das ist es, was uns an den Jenaer Verhandlungen so befriedigt, wie wir auch über den würdigen Verlauf, über die Organisations- und Agitationsarbeit dieses Parteitages nur Worte der Anerkennung haben.

**Die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen.**

Trotz der von offiziellen und offiziellen Federn bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit in die Welt hinausposaunten Behauptung: Deutschland marschiere hinsichtlich seiner Sozialreform an der Spitze aller Nationen, nimmt die Arbeiterschutzgesetzgebung in Deutschland eine überaus langsame Entwicklung. Seit nahezu vier Jahrzehnten wird von den berufenen Vertretern der deutschen Arbeiterklasse eine gefehliche Regelung der Arbeitszeit für alle Arbeiter, einschließlich Frauen und Kinder, gefordert.

Zwei Jahrzehnte bedurfte es, um zunächst den Reichstag weit zu bringen, daß er in seiner Majorität das Dogma des „laissez faire, laissez aller“ fallen ließ und im Jahre 1887 einem von seiner Kommission — der sämtliche Anträge betreffend Arbeiterschutz überwiesenen waren — vorgeschlagenen Gesetzesentwurf, welcher die weitere Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit bezweckte, seine Zustimmung gab und in der darauffolgenden Session 1887/88 einen Gesetzesentwurf betreffend Verbot der Sonntagsarbeit annahm. Beide Gesetzesentwürfe wurden vom Bundesrat in seiner Sitzung vom 19. November 1888 abgelehnt. Diese Ablehnung wurde in den Reichstagsitzungen vom 23. und 31. Januar 1889 unter anderem damit motiviert, daß der Bundesrat aus den bestehenden Zuständen nicht die Überzeugung hätte gewinnen können, daß ein dringendes Bedürfnis zu einem gesetzgeberischen Einschreiten hinsichtlich der Kinder- und Frauenarbeit in dem Umfange, wie es der Reichstag nach seinen Beschlüssen beabsichtige, vorliege, ... auch könne der Bundesrat sich nicht entschließen, dem Arbeiter die Gelegenheit zur Verwertung seiner Arbeitskräfte in einem höheren Maße zu beschränken, als dies durch überwiegende Rücksichten des öffentlichen Wohles erfordert werde. — Galt bismarckisch!

Hinsichtlich des Verbots der Sonntagsarbeit wurde gleichfalls das Bedürfnis besprochen und des weiteren bemerkt, daß der Bundesrat die ihm in dem Entwurfe übertragene Aufgabe der Regelung der Ausnahmen nicht übernehmen könne.

Ein Jahr nach diesen Erklärungen erschienen dann die bekannten kaiserlichen Erlasse, worin mit den bisher vom Bundesrat vertretenen Anschauungen gebrochen wurde, und wieder einige Monate später die Arbeiterschutzgesetzvorlage in Form einer Novelle zur Gewerbeordnung. Die Novelle charakterisierte sich im wesentlichen als eine Wiederaufnahme der früher vom Bundesrat verworfenen Reichstagsbeschlüsse und ging insoweit über diese Beschlüsse hinaus, als sie den Maximalarbeitszeit nicht nur für verheiratete Frauen, wie es der Reichstag gewünscht hatte, forderte, sondern die Höchstarbeitszeit für alle erwachsene Arbeiterinnen, soweit sie in Fabriken und in diesen gleichgestellten Betrieben beschäftigt wurden, eingehalten sehen wollte. Dafür hatte man aber statt des vom Reichstag geforderten zehnstündigen Maximalarbeitszeit einen Maximalarbeitszeit von elf Stunden als eine ausreichende Beschränkung der Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen in die Novelle aufgenommen.

Auf das Schicksal, welches die Novelle im Reichstag, insbesondere durch die berühmt gewordene „Verslechterungskommission“ (Stumm, Gutfleisch und Konforten) erlitt, einzugehen, ist hier nicht der Ort. Genug, die in den Fabriken und in den diesen gleichgestellten Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen bekamen durch den Absatz 2 des § 137 der Gewerbeordnung den Maximalarbeitszeit von elf Stunden mit der Maßgabe, daß an den Vorabenden der Sonntags- und Festtage nur zehn Stunden gearbeitet werden durfte.

Inzwischen sind wiederum vierzehn Jahre verfloßen, ohne daß auch nur der kleinste Fortschritt hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen zu verzeichnen wäre. Im Gegenteil: die Regierung hatte während der ersten Hälfte dieser verfloßenen vierzehn Jahre alle Hände voll zu tun, um das Material für die „Umsturzvorlage“ und die berichtigt gewordene Denkschrift des Grafen Posadowsky zur Begründung der „Suchthausvorlage“ zusammenzustellen, die Vorlagen auszuarbeiten und vor dem Reichstage — glücklicherweise ohne Erfolg — zu vertreten. Wenn irgend etwas geeignet war, den sozialpolitischen Ruf in Deutschland recht hell zu beleuchten und seinen Charakter hervorzuheben zu lassen, so diese Vorlagen. Für das äußerst dünne Liniengerüst eines schwachen sozialpolitischen Anlaufs in Form von ein paar die Ausbeutungsfreiheit des Kapitalismus einschränkenden Bestimmungen wollte man nichts weniger, als der deutschen Arbeiterklasse die geringen politischen und wirtschaftlichen Rechte, welche ihr in Preußen-Deutschland noch eingeräumt sind, rauben und die Arbeiter an Händen und Füßen knebeln. In jene Zeit fiel der „wunderbare“, seiner „sozialpolitischen Weisheit“ einen klassischen Ausdruck verleihende Ausspruch des Grafen Posadowsky, daß die deutschen Arbeiter, da sie ja das allgemeine Wahlrecht hätten, ruhig auf das Koalitionsrecht verzichten könnten.

Die einzige Ausbeute jener Zeit ist eine auf Grund eines Beschlusses des Reichstags vom 22. Januar 1898 von der Regierung veranstaltete Umfrage bei den Gewerbeaufsichtsbeamten über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit eines Verbots der Beschäftigung verheirateter Frauen in Fabriken. Der Bericht erschien im Februar 1901 und gab zu einer ausgedehnten Besprechung Veranlassung, bei der seitens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion energig Stellung gegen ein Verbot der Beschäftigung verheirateter Frauen genommen wurde, weil dadurch nur deren Elend vergrößert werde, indem es sie der Heimarbeit zuweihen würde. Im übrigen brachte die Umfrage eine riesige Blamage für die Regierung, indem dadurch festgestellt wurde, daß zwei Drittel aller Arbeiterinnen bereits den zehnstündigen Arbeitstag hatten und er nur in der Textilindustrie für drei Viertel der Arbeiterinnen nicht bestand. Die Mehrheit der Aufsichtsbeamten schlug für die gesamten Arbeiterinnen den zehnstündigen oder höchstens den zehneinhalbstündigen Maximalarbeitszeit vor; der Beamte für Hamburg schlug den neunstündigen, der für Berlin und der für Württemberg II sogar den achtsündigen vor. Die Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitszeit für alle Fabrikarbeiterinnen erschien demnach vollständig spruchreif. Wer aber Optimist genug war zu glauben, die Reichsregierung würde die nächste Session benutzen, um durch eine

entsprechende Vorlage die Konsequenzen aus dem ihr durch die Umfrage zugegangenen Material zu ziehen, täuschte sich. Nach der Erklärung des Grafen Posadowsky bei der Staatsberatung im Januar 1902 bedurfte es einer nochmaligen Umfrage durch Gewerbeaufsichtsbeamte über die Frage der zehnstündigen Arbeitszeit der Arbeiterinnen in den Fabriken. Also Erhebungen und abermals Erhebungen, ein charakteristisches Zeichen jener viel gerühmten „deutschen Gründlichkeit“, die sich immer dann ganz besonders breit macht, wenn es sich darum handelt, der Arbeiterklasse auch nur den minimalsten Schutz gegenüber den kapitalistischen Ausbeutungspraktiken zu gewähren.

Auf Ersuchen des Reichsanzlers sind dann im Jahre 1902 die Gewerbeaufsichtsbeamten sämtlicher Bundesstaaten und der Reichslande beauftragt worden, über die Dauer der täglichen Arbeitszeit der in Fabriken und in diesen gleichgestellten Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen über 18 Jahre und über die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit einer weiteren Herabsetzung der gegenwärtig nach den Bestimmungen des § 137 der Gewerbeordnung zulässigen Dauer ihrer Beschäftigung Erhebungen anzustellen.

Inzwischen wurde im Jahre 1904 gelegentlich der Beratung des Stats des Reichsamtes des Innern die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere aus Anlaß des Grimmitzauer Ausstandes, wieder akut, und Graf Posadowsky hielt es für notwendig, folgendes zu erklären:

„Was endlich die Dauer der Arbeitszeit betrifft, so ist Ihnen ja bekannt, daß die Dauer der Arbeitszeit der weiblichen Arbeiter Gegenstand einer besonderen Berichterstattung der Gewerbeinspektoren ist. Im Reichsamte des Innern wird eine Denkschrift über die Frage ausgearbeitet und Ihnen noch im Laufe der Tagung zugehen; dann wird die Arbeitszeit der Frauen Gegenstand einer sehr eingehenden Prüfung im Bundesrat sein. Ich gestehe zu, es ist eine Frage, die einer sehr ernstlichen Erwägung bedarf. Aber ich bitte Sie dringend, die Entscheidung des Bundesrats ruhig abzuwarten und nicht jetzt sofort die Regierung so hinzustellen, als ob sie gerade mit Rücksicht auf den Grimmitzauer Streik ihre Stellung zu dieser Frage irgendwie beeinflussen lasse.“

Demnach standen hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen nach wiederum zwei Jahren in Aussicht: 1. die Fertigstellung und Ausgabe der Denkschrift über die Erhebungen der Gewerbeaufsichtsbeamten, 2. eine „eingehende Prüfung“ des Materials im Bundesrat und 3. „ruhiges Abwarten“ des Reichstags, da die Frage ja „ernstlich erwogen“ werden mußte. Und wenn ja etwas dabei herauskommen sollte, dürfte man der Regierung aber keinen Vorhalt machen, daß sie sich etwa nach alledem auch noch vom Grimmitzauer „Streik“ habe beeinflussen lassen, denn das sei nicht der Fall.

Kann man sich wohl ein jämmerlicheres Zeugnis, als es hierdurch die Reichsregierung getan hat, ausstellen?

Aber das Jahr 1904 verging, ohne daß dem Reichstag die angeforderte Denkschrift zugestellt wurde, und Graf Posadowsky wurde gezwungen, noch einmal zu antworten, ohne sich auf dieselbe stützen zu können, und zwar am 7. Februar d. J. gelegentlich der Beratung der Interpellation des Zentrums betreffend Einführung eines regelmäßigen zehnstündigen Maximalarbeitszeit für erwachsene Arbeiterinnen. Er stellte wiederum die Vorlegung der Denkschrift für die allernächste Zeit in Aussicht, ebenso eine „eingehende“ und „ernste“ Beschäftigung der Regierungen mit der Frage, ob die Arbeitszeit für die weiblichen Arbeiter; eventuell mit Übergangsfristen, gesetzlich zu ermöglichen sei.

Für den „sozialpolitischen Eifer“ dieser Regierungen spricht unzweifelhaft die Tatsache, daß von den sechsundzwanzig Regierungen, an die sich Graf Posadowsky nach seiner eigenen Aussage aus Anlaß der Interpellation des Zentrums zwecks Bekanntgabe ihres Standpunktes gewendet hatte, nur acht geantwortet hatten. Die acht Regierungen standen aber, nach Posadowsky, teils auf einem unbedingt ablehnenden Standpunkt oder sie erklärten, das sei eine Frage, die so tief in das wirtschaftliche Leben eingriffe, daß jedenfalls, ehe man sich über dieselbe schlüssig mache, die „aller eingehendsten Erhebungen“ notwendig wären.

Im März d. J. erschien dann auch die so oft angeforderte Denkschrift über die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen. Sie ist im Reichsamte des Innern nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten bearbeitet und stellt einen Band von 543 Seiten mit zahlreichen Tabellen vor. Der Inhalt der Denkschrift rechtfertigt bei der Fülle des Materials einen besonderen Artikel. Doch wollen wir schon hier feststellen, daß die Denkschrift für die sich anscheinend auf sie stützen sollenden verlausulierten und reservierten Ausführungen des Grafen Posadowsky eine Unterlage nicht bietet und daß das Frasto der durch die Regierungen vertretenen offiziellen Sozialreform ein grandioses

**Zur Lage im Bürstenmachersgewerbe.**

Der Entwicklung im Bürstenmachersgewerbe vom Kleinhandwerk zur Großindustrie haben die Arbeiter zum weitaus größten Teile bis jetzt tatenlos zugehört; und wenn die technischen Fortschritte sich so weiter entwickeln, woran nach den bisher gemachten Erfahrungen wohl nicht zu zweifeln ist, dürfte für die Arbeiter dieser Industrie eine Verbesserung ihrer überaus traurigen Lage nur dann zu erwarten sein, wenn sie der immer aufstrebenden Kapitalmacht ihre eigene Macht in Gestalt einer guten Organisation entgegenstellen. Haben doch die Bürstenmacher alle Ursache, auf Beseitigung



van Drooge-Holland usw., hatten gedruckte Referate über dieses Thema eingeschickt. Das Kongresskomitee hatte natürlich keinen Arbeitervertreter aufgefördert, auch ein Referat zu erstatten, fand es sogar für zweckmäßig, wenn diese in der Diskussion zum Worte kamen, um in den festgesetzten zehn Minuten ihr Sprüchlein herzusagen. Im Vorteil waren natürlich die Referenten, die erstens ein gedrucktes Referat eingereicht hatten und dann noch stundenlang die nötige Begründung geben konnten. Im Gegensatz dazu hatten die Diskussionsredner, die sich, 21 an der Zahl, zu diesem Thema gemeldet hatten, einen recht schweren Stand. Bevor sie sich richtig bei der Versammlung eingeführt hatten, war ihre Zeit abgelaufen und mußten sie „abtreten“! Genosse Dr. Verkauf-Wien machte den Versuch, länger als zehn Minuten zu sprechen, und wollte der Geschäftsordnung gemäß deshalb an den Kongress appellieren. Da kam er aber schon an! Der schneidige preussische Regierungsrat Werner entzog ihm das Wort, weigerte sich, den Kongress zu befragen, und der Tumult war da; die Versammlung wurde eiligst für diesen Tag geschlossen. Zum Teufel war der scheinbare Frieden, die „Harmonie“ aller Teilnehmer. Bravo- und Pfuirufe donnerten dem Regierungsmann aus Berlin entgegen, dessen Kollegen nach den Vorschlägen eines Dr. Freund nur einzig und allein in der Lage sein sollen, den Vorsitz in den Krankenkassen künftig zu führen! Dann adieu — Arbeiterversicherung, Selbstverwaltungsrecht und Interesse der Versicherten! Interessant war es auch, den Kongress zu beobachten, wie er allen Referaten zubehelte, die erstattet wurden, wenn sie auch den Stempel der — Unwahrheit oder Luftschneideri trugen. Ein „goldener Mantel“ für die deutsche Arbeiterschaft ist die Versicherungsgegebung, renommierte der alte Bödiker. Ein Jubel ließ den Saal erzittern. Mit noch größerem Geschrei des Beifalls wurde der Franzose Millerand begrüßt, als er die Tribüne betrat, um auch die deutsche Versicherung zu loben und Frankreichs Fortschritt zu preisen. Daß er aber wohlweislich seine eigene „unklare“ Stellungnahme bei den Verhandlungen in der französischen Kammer verschwiege, das „fiel gar nicht auf“. Alle Nationen sagten ihr Sprüchlein her, jeder lobte sein Reich, seine Regierung, dann gegenseitig, wie Bödiker den Millerand und dieser wieder den Senior Bödiker. Ja sogar ein russischer Graf konnte es wagen, die Fürsorge seines Zaren zu preisen, und hatte eine laute Stimme, die doch schließlich von dem Fischen der Arbeitervertreter überhört wurde. Ein Pole fertigte diesen vorlauten Schwärmer derb ab, schilderte die Mißständigkeit und Unsicherheit seines Vaterlandes, um am Schluß seine — Verehrung für den Zaren zu verkünden, der ihm diese offene Sprache nicht mit — Sibirien belohnen möchte!

Praktisches leistete dieser Kongress sehr wenig. Vobreden auf die bestehende Gesetzgebung von allen Seiten. Die Referate über „Invalidenversicherung“, „Unfallstatistik“, „Berufskrankheiten“ usw. wurden arg zusammengedrängt. Deutsche Ärzte, wie Dr. Mugdan usw., priesen die „freie Arztwahl“ dem Kongresse an, haben auch nichts dagegen, wenn das Selbstverwaltungsrecht den Krankenkassen entzogen wird, wenn sie nur auf diesem Wege eher zu ihrem Ziele gelangen. Das „Angenehme“ wurde mit dem „Nützlichen“ verbunden, Feste auf Feste schlossen sich den Verhandlungen an. Viele der Herren hatten ihre — Damen sogar mitgebracht, die das Komitee während der Verhandlungen anders zu — amüsierten suchte. Vaterfahrten, Ausflüge usw. wurden zu Ehren der Damen veranstaltet. Bald lud Wiens gewaltiger Lueger die Teilnehmer auf das Rathaus zum Schmause ein, an dem natürlich unsere deutschen und österreichischen Arbeitervertreter nicht teilnahmen, bald hatte die Handelskammer Wiens ein Diner gegeben. Jeden Abend ein Fest! Sie können werden in nächsten Jahren einen schweren Stand haben, wenn sie die Wiener in diesem Punkte überbieten wollen!

**Antialkoholausstellung.** Anlässlich des sozialdemokratischen Parteitag in Jena hatte der Arbeiterabstinentenbund eine Ausstellung arrangiert, um auf diese wirksame Weise für seine Bestrebungen Propaganda zu machen. Im sogenannten Schäfflersaal des Volkshauses wird die Ausstellung untergebracht. In sehr geschickter Anordnung werden durch Bilder, Zahlen und Tabellen die Schädlichkeiten des Alkohols vorgeführt. Die meisten Tabellen und Zusammenstellungen sind aus dem Museum für Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen in Charlottenburg den Abstinenten zur Verfügung gestellt worden. Da sind Tabellen, die die Einwirkung des Alkohols auf die Straftaten zeigen. Die Sittlichkeitsverbrechen und Körperverletzungen sind in ihrer Mehrheit im Zustand der Trunkenheit begangen, die Verurteilten, zu denen ein „Marer Kopf“ gehört, fast sämtlich im Zustand der Nüchternheit. Die Zusammenstellung eines Irrenarztes zeigt, daß die Insassen seines Instituts vorwiegend die Kinder von Trinkern waren. Daß das deutsche Volk im Jahre mehr als drei Milliarden Mark für Alkohol ausgibt, und daß dagegen die Ausgaben für wichtigere Nahrungsmittel fast verschwinden, wird in einer weiteren Tabelle recht anschaulich gezeigt und regt manchen zu ernstlichen Bedenken an. In durchaus naturgetreuen Nachbildungen (Holzmodellen) werden die Wirkungen des Alkohols auf Herz, Magen und Leber vorgeführt. Fast alle Schriften, die über die Alkoholfrage erschienen sind — und das ist eine Fülle von Agitationsbroschüren — sind zu billigen Preisen zu haben. Selbst mit Postkarten, die recht drastische Szenen darstellen, führt der Arbeiterabstinentenbund den Kampf gegen den Alkohol. Zum Schluß sei noch eine Ausstellung von Bildern aus den bekannten Witzblättern erwähnt, darunter vor allem die Bilder Engels aus dem „Simplizissimus“, die den Münchener Gewohnheitsrinker in berber Art charakterisieren.

Die Streikbewegung in England war während des Jahres 1904 recht matt. In keinem Jahre seit 1893 war die Zahl der Streikenden und die Gesamtdauer der Streiks in Arbeitstagen so gering als 1904. Die Höhepunkte der Streikbewegung in der Periode 1893 bis 1904 entfallen auf

die Jahre 1898 und 1898. Seit 1900 gestaltete sich die Streikbewegung wie folgt:

Jahr	Zahl der Streiks	An den Streiks Beteiligte	Dauer der Streiks in Arbeitstagen
1900	648	188 538	3 152 694
1901	642	179 546	4 142 287
1902	442	256 667	3 479 255
1903	387	116 901	2 888 668
1904	354	86 888	1 454 220

Seit 1900 geht also die Zahl der Streiks von Jahr zu Jahr zurück, während die Zahl der Streikenden erst 1902 ihren Höhepunkt erreicht, dann aber rapide abnimmt. Die Dauer der Streiks in Arbeitstagen erreicht im Jahre 1901 den höchsten Stand; jedes weitere Jahr bringt einen Rückgang, der 1904 am erheblichsten ist. Das Jahr 1905 zeigt, da auch die Lage des Arbeitsmarktes sich gebessert hat, wieder eine wesentliche Zunahme der Streikbewegung.

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Auf dem Parteitag in Jena hat der Kollege Stubbe-Hamburg in bezug auf unseren Verband folgende Behauptungen aufgestellt:

1. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes habe es dem Kollegen Kloß außerordentlich schwer gemacht, sein Reichstagsmandat beizubehalten, er habe von Kloß die Niederlegung seines Mandats verlangt.

2. Das Regulativ des Holzarbeiterverbandes bestimme, die Gauvorsteher hätten ihre volle Arbeitskraft nur dem Verband zu widmen. Das bedeute eben, daß sie sich an anderen Dingen nicht beteiligen dürfen. Schwarz auf weiß stehe es freilich nicht so, aber doch sei es so.

Diese Behauptungen haben, wie die in den Presseberichten vermerkten Jurufe erkennen lassen, auf dem Parteitag Eindruck gemacht. Aber beide Behauptungen sind unwahr.

In Abwesenheit des Kollegen Kloß, der zurzeit in Amerika weilt, erklären wir zu der ersten Behauptung folgendes:

ad 1) Niemals ist im Vorstand auch nur mit einem Worte der Versuch gemacht, Kloß in seiner politischen Betätigung zu behindern. Niemals hat der Vorstand auch nur daran gedacht, von Kloß die Niederlegung seines Mandats zu verlangen. Wahr ist nur, daß Kloß seit langen Jahren durch Ausübung seiner Parteitätigkeit den Geschäften der Verbandslitung zum großen Teil entzogen ist, trotzdem aber würde der Vorstand auch in Zukunft etwaigen Versuchen, dem Kollegen Kloß oder einem anderen Verbandsbeamten das selbstverständliche Recht der politischen Betätigung zu beschneiden oder ihn auch nur von der diesbezüglichen Pflicht zu entbinden, entschieden entgegenzutreten. Bisher sind in unserem Verband solche Versuche noch nicht gemacht worden.

ad 2) Die zweite Behauptung Stubbes stützt sich wahrscheinlich auf folgende Bestimmung in dem vom Vorstand aufgestellten „Arbeitsplan für die besoldeten Gauvorsteher“:

„Im allgemeinen sind die Aufgaben und Pflichten des besoldeten Gauvorstehers in der „Geschäftsanweisung für die Gauvorstände“ niedergelegt. Mit der erfolgten Anstellung hat er die Erfüllung aller in der Geschäftsanweisung bezeichneten Aufgaben als seinen nunmehrigen Beruf anzusehen und ihr seine ganze Zeit und Tätigkeit zu widmen. Zu diesen allgemeinen Aufgaben treten für den besoldeten Gauvorsteher noch die im folgenden angeführten besonderen Pflichten hinzu.“

Die hier erwähnte „Geschäftsanweisung für die Gauvorstände“ ist zu einer Zeit herausgegeben worden, als der Verband noch keine besoldeten Gauvorsteher hatte. Zu jener Zeit verriethen die Gauvorsteher ihre Tätigkeit ehrenamtlich nach Feierabend. Als später mit der Anstellung besoldeter Gauvorsteher begonnen wurde, wurde für diese als Ergänzung der seitherigen „Geschäftsanweisung“ noch der besondere „Arbeitsplan“ herausgegeben und darin ausgesprochen, wie vorstehend zitiert, daß der besoldete Gauvorsteher — im Gegensatz zu dem nichtbesoldeten! — die Erfüllung aller in der Geschäftsanweisung bezeichneten Aufgaben nunmehr als seinen Beruf anzusehen und ihr seine ganze Zeit und Tätigkeit zu widmen habe.

Nach unserer Meinung kann nur hoshafter Wille diesem Satz unterstellen, daß damit den besoldeten Gauvorstehern die Freiheit der politischen Betätigung genommen oder zu nehmen beabsichtigt sei.

Wir verwahren uns dagegen, daß wir zu besoldeten Gauvorstehern etwa Mamelucken wählen, oder daß sich unter den Bewerbern um die vom Verband zu vergebenden Posten überhaupt Kollegen finden würden, die sich um den Preis der Anstellung ihrer staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten begeben würden. Wir halten uns verpflichtet, eine solche Unterstellung im Namen aller Beamten unseres Verbandes zurückzuweisen.

An Stelle des aus dem Verbandsvorstand ausgeschiedenen Kollegen Gotthob Seufert ist gemäß § 78 des Statuts in der Mitgliederversammlung der Zahlstelle Stuttgart am 30. September d. J. der Kollege Georg Reuß, Schreiner, gewählt worden.

Den Zahlstellen Apenrade, Lage und Biersen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Oktober d. J. einen Lokalbeitrag von 5 Pf. pro Woche, desgleichen der Zahlstelle Senftenberg einen solchen von 10 Pf. pro Woche neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

In nächster Zeit findet in allen Gauen eine größere Zahl von Agitationsversammlungen statt. An die betreffenden Zahlstellenverwaltungen, welchen die entsprechenden Mitteilungen von ihrem Gauvorstand zugehen, richten wir auch an dieser Stelle das Ersuchen, das Arrangement dieser Versammlungen rechtzeitig und in umfassender Weise zu treffen, damit die Agitation möglichst ausgiebigen Erfolg bringt. Zugleich richten wir auch an alle Verbandsmitglieder die Mahnung, die Versammlungen zu besuchen und jeder nach seinen Kräften an der weiteren Ausbreitung unseres Verbandes mitzuhelfen.

Unser Almanach für das Jahr 1906 wird in einigen Wochen erscheinen. Wir ersuchen die Lokalverwaltungen, Bestellungen schon jetzt zu notieren und dieselben spätestens bis 1. November an uns einzusenden.

Zwei Beitragsammler der Zahlstelle Berlin, Johann Wolf und Max Berndt, haben unter Mitnahme der vereinnahmten Verbandsgelder Berlin verlassen. Wir machen insbesondere auf den erstgenannten Johann Wolf, geb. am 5. Mai 1868 zu Mainz, aufmerksam, und ersuchen, wenn möglich, beide verhaften zu lassen und in diesem Falle sofort die Zahlstelle Berlin zu benachrichtigen.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 42284 Karl Köhler, Tischler, geb. 20. 2. 70 zu Niederroffau.
- 75163 Fritz Schulz, Tischler, geb. 8. 5. 68 zu Hanseberg.
- 100803 Friedrich Geyer, Schreiner, geb. 5. 11. 69 zu Walbau.
- 109846 Wilhelm Dinezath, Tischler, geb. 9. 4. 71 zu Königsberg.
- 114529 August Hille, Dechler, geb. 23. 10. 82 zu Sülben.
- 144668 Otto Quindt, Tischler, geb. 23. 10. 75 zu Friedrichstadt.
- 146896 Alfred Müller, Tischler, geb. 23. 8. 79 zu Sagan.
- 147508 Karl Sasse, Maschinenarbeiter, geb. 26. 8. 69 zu Abrechtstherosen.
- 175711 Gustav Pfeiffer, Tischler, geb. 2. 8. 78 zu Marienburg.
- 213560 Karl Weidner, Bürstenmacher, geb. 26. 5. 74 zu Haslach.
- 226143 Anton Schneider, Polsterer, geb. 18. 11. 70 zu Rabenau.
- 226880 Ernst Fintelke, Polsterer, geb. 14. 3. 68 zu Königsberg.
- 246433 Karl Leitner, Tischler, geb. 25. 5. 58 zu Königsberg.
- 259014 Wilhelm Fischer, Schreiner, geb. 8. 1. 60 zu Trier.

Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Verbandsvorstand.

**Korrespondenzen.**

**Frankenbergl. S.** (Bürsten- und Pinselmacher.) Die organisierten Kollegen haben in einer Branchenversammlung zu der Konferenz, deren Abhaltung sie für dringend erforderlich halten, Stellung genommen. Es wurde den Ausführungen des Kollegen K. H. in Nr. 88 voll und ganz zugestimmt. Speziell wurden die Zustände im Erzgebirge beleuchtet, da wir sehr am hiesigen Orte darunter zu leiden haben, da von den Unternehmen dort Filialen errichtet werden, weil sie ihre Fabrikate zu einem billigen Arbeitslohn hergestellt bekommen. In bezug auf den Ort für die Abhaltung der Konferenz wurde von den Kollegen entweder Chemnitz oder Frankenbergl in Vorschlag gebracht, da es doch jedenfalls schwer hält, dieselbe in Schönbühne abzuhalten, wegen der Lokal- und Quartierfrage.

**Hameln.** Ein „Musterbetrieb“ eigener Art ist die Möbelfabrik von Hürichs & Kniepert hier selbst. Die beiden Geschäftsinhaber, ein Maurermeister und ein Kaufmann, haben nämlich herausgefunden, daß die heutige Fabrikation von Möbeln durch gelehrte Berufsarbeiter nicht mehr rationell ist, da die Leute, welche vier Jahre Lehrgelt hinter sich haben, höhere Ansprüche stellen wie ein von der Strafe aufgesetzener Gelegenheitsarbeiter. Auf diese Weisheit pochend, hat die Firma, wie man aus berichtet, schon zirka 16 Arbeiter, darunter Uhrmacher, Schlosser, Kromms usw., eingestellt, um von ihnen — furnierte Vertikows anfertigen zu lassen. Zum Schaden ist schon die Einstellungsart; es wird nämlich jedem Anfragenden folgende Antwort: Bringen Sie sich Schürze und Pantoffeln mit, dann können Sie morgen früh die Arbeit beginnen; demnach scheint man zu glauben, daß Schürze und Pantoffeln den Tischler machen. Da die Kollegen des Betriebs keine Luft verspürten, jeden hergelaufenen Arbeiter für eine Arbeit einzudrillen, hat man sich einen solch modernen Sclavenvogt aus Berlin verschrieben. Wir glauben, daß man vorzeitig mit diesem System brechen wird, welches zum Renommee der Fabrik kaum dienen dürfte. Die Firma wird wohl noch Veranlassung nehmen, sich mit dem Holzarbeiterverband in Verbindung zu setzen, welcher bei Bezahlung eines anständigen Lohnes jederzeit Gefellen nachweisen wird.

**Hirschberg.** Wohl nirgends dürfte der Versammlungsbesuch ein so schlechter sein als in hiesiger Zahlstelle. Geradezu beschämend ist das Verhalten einiger Mitglieder, welche fast nie oder nur höchst selten in den Versammlungen erscheinen, so daß von einer Mitgliederzahl von über 70 nur einige 20 in den Versammlungen anwesend sind. Überall kann man solche Kollegen treffen, nur nicht in den Versammlungen. Es wäre sehr an der Zeit, daß diese Kollegen sich an Versammlungsabenden dahin bemühen, wo sie als Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes hingehören. Der größte Teil der Kollegen weiß, daß in nicht allzu langer Zeit unser Vertrag gekündigt werden muß, wenn wir nicht wollen, daß bei den steigenden Lebensmittelpreisen unsere Lebensweise eine noch größere Einschränkung erfährt, als schon jetzt der Fall ist. Aber nur durch einen regen Versammlungsbesuch kann ein einiges Ganzes geschaffen werden, wie wir es zur Verbesserung unserer Lebensweise brauchen. Deshalb, Kollegen, erwacht zu reger Tätigkeit, erscheint vollzählig in den Versammlungen und helfe an der Agitation für den Deutschen Holzarbeiterverband.

**Jauer.** Am 28. September fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollege Hübnert aus Breslau einen Vortrag über „Die Entwicklung der Gewerkschaften“ hielt. Seine interessanten Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der anschließenden

hustion wurden verschiedene Mißstände zur Sprache ge-  
 ht und bedauert, daß noch viele ältere Kollegen dem  
 band fernsehen. In seinem Schlusswort empfahl Kollege  
 mer die Hausagitation und wies darauf hin, daß nur  
 eine starke Organisation die Mißstände beseitigt werden  
 en. Kollegen, beherzigt diese Worte und sorgt, daß auch  
 letzte Mann dem Verband zugeführt wird. Arbeit gibt  
 n Fauer noch viel, denn von 250 Holzarbeitern gehören  
 n 50 dem Verband an. Kollegen, das muß anders  
 den; agitiere jeder nach besten Kräften, denn nur Einig-  
 macht stark.

**Kiel.** (Fürstenmacher.) Recht traurige Zustände  
 sehen in der hiesigen Wurstfabrik von August Hecht  
 Sohn. In dieser Werkstatt sind zirka 20 Personen be-  
 stigt. Der Akkordfabrik der weiblichen und unfallverletzten  
 eiter ist um 30 Prozent niedriger wie bei den gelehrten  
 stienmachern. Nun hat die Firma in letzter Zeit immer mehr  
 blische und unfallverletzte Arbeiter angeleitet, um dadurch  
 fälste der gelehrten Kollegen aufs Straßensplaster zu  
 sen. Wie es in hygienischer Beziehung aussieht, können  
 Kollegen an folgendem sehen: Obwohl die Bundesrats-  
 ügung an der Wand hängt, um vom Staub und Schmutz  
 eht zu werden, da derselbe mangels Ventilation nicht  
 ehen kann, wird dieselbe nicht befolgt. Die Arbeitsräume  
 mit schwebenden Gardinen und von Schmutz starren den  
 stern geziert. Ventilation ist nicht vorhanden. Im Bes-  
 m werden Borsten und Kopfhair getrocknet und getrocknet,  
 erdem alte Straßenwagen ausgefacht, welches einen die  
 unheit schädigenden Gestank verbreitet. In der Werk-  
 hängen auch die Kleider der Arbeiter, da für die Ge-  
 zichter getrennte Umkleieräume nicht vorhanden sind. Die  
 schenrichtung besteht aus einem Gimer, der auch zum  
 eitreinen benutzt wird. Handtücher zum Abtrocknen  
 en. Für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen ist nur  
 klosett vorhanden. Daß es auch mit den Löhnen hier  
 t völlig aussieht, ergibt sich daraus, daß bei den sehr  
 en Lebensmitteln Stundenlöhne von 30 und 35 Pf. ge-  
 t werden. Kollegen, es muß unsere heiligste Pflicht sein,  
 e schreienden Mißstände abzuschaffen. Dieses kann nur  
 eine straffe Organisation geschehen. Es ist daher  
 ht eines jeden Kollegen, nach Kräften für die Ausbreitung  
 Deutschen Holzarbeiterverbandes zu sorgen.

**Lage.** In der letzten Zeit hat unter den hiesigen Kollegen  
 : große Unruhe Platz gegriffen, was sich besonders darin  
 t, daß die Versammlungen so schlecht besucht werden,  
 genügt nicht, seine Verbandbeiträge zu zahlen, die Mit-  
 der haben auch die Pflicht, den Aufgaben des Verbandes  
 Interesse zu widmen. Die Lokalverwaltung ist allein  
 t in der Lage, die Mißstände zu beseitigen, wenn sie bei  
 Kollegen keine Unterstützung findet. An die Mitglieder  
 ten wir das dringende Ersuchen, sich ihrer Pflichten zu  
 mern, unablässig zu agitieren und auch die Versammlungen  
 Amäßig zu besuchen.

**Marbach.** Unsere letzte Mitgliederversammlung war sehr  
 ig besucht. Es ist bedauerlich, daß die hiesigen Kollegen  
 : Verband so wenig Interesse entgegenbringen, um so  
 r, als die Lohn- und Arbeitsverhältnisse viel zu wünschen  
 g lassen. Wir müssen darauf hinwirken, unsere Zahl-  
 e zu stärken, dazu ist eine kräftige Agitation notwendig.  
 legen, es ist sehr beschämend und traurig, wenn bei einer  
 gliederzahl, wie sie Marbach zählt, öfters die Versamm-  
 ungen ausfallen müssen wegen schwachen Besuchs. Darum,  
 legen, vollzählig in die Versammlungen und mithelfen an  
 Agitation unter den uns noch fernstehenden Kollegen,  
 it wir auch einmal an die Verbesserung unserer Lage  
 ren können.

**Marburg.** In der Werkstatt von Schäfer hat der seit  
 m Jahre dort beschäftigte Werkführer Koch ganz eigen-  
 ge Manieren eingeführt. Nicht nur, daß er die Ver-  
 dmitglieder nach Kräften schikanirt, er erlaubt sich auch  
 l einmal, handgreiflich zu werden. Dabei kann es aller-  
 gs passieren, daß er den kürzeren zieht wie neulich, als  
 von einem Kollegen ins Kalkloch befördert wurde. Wenn  
 r schlagfertigen Werkführer von Zeit zu Zeit eine kräftige  
 eibung zuteil wird, so könnte das einen günstigen Ein-  
 : auf seine Manieren ausüben; für richtiger würden wir  
 allerdings halten, wenn ein Mensch, der sich so wenig  
 ersuchen kann, nicht erst an einen verantwortungsvollen  
 ten gestellt würde.

**Marxheim.** Seit einem Jahre ist auch hier die zehnjährige  
 Arbeitszeit eingeführt worden. Nur in der Werk-  
 t des Herrn G. Peters jun. wird noch zwölf Stunden  
 ich, ja oft genug noch länger gearbeitet. Die Gesellen  
 ren dort überhaupt alles daran wenden, um den Meister  
 iedenzustellen. Vor einiger Zeit ließ Herr Peters in einem  
 u Fenster einsehen; dazu wählte er sich einen Sonntag,  
 gerechnet einen Sonntag, und um nicht mit der Polizei  
 konflikt zu kommen, mußten die Gesellen die Arbeit bereits  
 4 Uhr morgens beginnen. Diese Gesellen sind zu solchen  
 ungen gerade recht zu gebrauchen, dagegen sind sie für  
 : Verband nicht zu haben. Auf eine Aufforderung, dem  
 : band beizutreten, erwiderten sie jüngst: „Wir brauchen  
 : ren Verband.“ Den Kollegen genügt es, sich ab und zu  
 einer patriotischen Festlichkeit zu ergötzen, wenn sie zu  
 sem Zwecke auch manchmal bis 2 Uhr nachts arbeiten  
 sen. Hoffentlich tragen diese Zeiten dazu bei, auch diese  
 : legen an ihr Pflichtgefühl gegenüber der Organisation zu  
 mern. Erscheint alle, Mann für Mann am Sonnabend  
 unserer Versammlung, es kann doch nicht immer in diesem  
 : ndrian so fort gehen.

**Madolzell.** Am 16. September fand hier eine gut be-  
 : hte Mitgliederversammlung statt. Kollege Langer-Singen  
 t ein längeres Referat über das Thema: „Der Kampf  
 : ein menschenwürdiges Dasein“, welches mit großem Bei-  
 : aufgenommen wurde. Hierauf sprach Kollege von M-  
 : r „Christliche Gewerkschaften“. In der anschließenden  
 : fussion zeigte es sich, daß auch die hiesigen Kollegen das  
 : ärmliche Handeln der „Christlichen“ in Eöln gebührend  
 : achten. Wüßte uns dieser schmähliche Verrat aufs neue  
 : laß geben, immer intensiver für die Ausbreitung des  
 : uschen Holzarbeiterverbandes zu wirken. Bei dieser Ge-  
 : enheit sei noch auf die traurigen Verhältnisse in der Korb-  
 : schenfabrik Madolzell hingewiesen. Diese Fabrik sucht in  
 : wärtigen Blättern ungelernete Arbeiter, Leute, die etwas  
 : griff vom Korblechten haben, wie sie sich ausdrückt. Da  
 : s nur ein Mittel ist, um die Löhne zu drücken, wollen  
 : Kollegen hiervon Notiz nehmen. Sehr eigenartige Ma-

neren trägt auch der Vorarbeiter Scheible zur Schau.  
 Wir hoffen aber, daß sich sein Verhalten bald ändert, damit  
 wir nicht genötigt werden, uns deutlicher auszulassen.

**Roßdorf i. M.** Als im Frühjahr 1904 die Lohnbewegung  
 der Tischler Roßdorf nicht den gewünschten Erfolg hatte,  
 sondern durch einen Vergleich beendet wurde, gaben viele  
 Kollegen ihrer Unzufriedenheit darüber Ausdruck, und all-  
 gemein hoffte man, im nächsten Frühjahr die volle Forderung  
 durchzusetzen. Doch machte die Aussperrung im Baugewerbe,  
 welche auch für uns nicht ohne Nachteile blieb, diese Hoff-  
 nung zunichte. In diesem Sommer setzte nun eine äußerst  
 günstige Konjunktur ein, und diese bewirkte, daß auf Drängen  
 der betreffenden Kollegen in einigen Werkstätten der Lohn  
 etwas aufbessert wurde. Auch wurden verschiedene Kol-  
 legen für den Verband gewonnen. — Gleichwohl ist aber  
 noch immer viel zu tun übrig geblieben. Hält doch ein  
 großer Teil der hiesigen Holzarbeiter es nicht einmal für  
 nötig, in unseren Versammlungen zu erscheinen. So waren  
 in der am 4. September abgehaltenen außerordentlichen  
 Mitgliederversammlung, in welcher Kollege H. Falkenberg-  
 Steinfel referierte, und zu welcher auch die Unorganisierten  
 eingeladen waren, ganze 98 Kollegen anwesend; in Anbe-  
 tracht der zirka 300 Mitglieder zählenden Zahlstelle doch  
 beschämend wenig. — Es sollten doch endlich die Kollegen  
 sich von dem alten Schindrian befreien und durch tatkräftiges  
 Zusammenwirken dazu beitragen, die Verbesserung der hie-  
 sigen Arbeitsverhältnisse, und besonders die Verkürzung der  
 jetzt noch zehnstündigen Arbeitszeit durchzusetzen. Ein be-  
 sonderes Augenmerk sollte man auf den Betrieb des Herrn  
 Deitmann richten, damit auch in diesem Dallesbetrieb ein-  
 mal menschenwürdige Zustände eintreten. — Kollegen Roßdorf,  
 Mitte Oktober findet eine öffentliche Holzarbeiterver-  
 sammlung statt, sorgt, daß sämtliche Holzarbeiter dort sind,  
 und daß auch der letzte unserer Organisation beiträgt, damit  
 wir in allernächster Zeit imstande sein werden, befriedigende  
 Verhältnisse zu erringen. Darum frisch ans Werk, und der  
 Erfolg ist unser!

**Ullrich.** Die hiesigen Verhältnisse lassen recht viel zu  
 wünschen übrig; nicht selten kommt es vor, daß der Ver-  
 dienst so gering ist, daß die Kollegen kaum ihr Kostgeld  
 zahlen können. Am schlimmsten ist es bei der Firma Jße  
 & Cie., wo vor kurzem ein Kollege wegen seiner Verbands-  
 tätigkeit gemahngelt wurde, und wo nun versucht wird, die  
 Verbandsmitglieder der Organisation zu entfernen. Kol-  
 legen, laßt euch nicht irre machen; das Denunzierer und  
 Speichellecken beim Chef ist ein sehr trauriges Handwerk,  
 und wer sich dazu hergibt, hat die Achtung der Kollegen  
 verwirkt. Erscheint pünktlich in den Versammlungen und  
 agitiert unablässig für unseren Verband, dann wird auch der  
 Erfolg nicht ausbleiben.

**Wernigerode a. Harz.** Während die Kollegen in unseren  
 Nachbarzahlstellen Blankenburg und Goslar sich in der leb-  
 hafteren Bewegung befinden, geht hier alles seinen gemü-  
 tlichen Gang. Die älteren ansässigen Kollegen kümmern sich  
 um nichts, sie sind mit ihren Löhnen zufrieden, und die  
 jüngeren Zugewandten halten sich gewöhnlich nicht lange auf,  
 denn wir haben hier mit wenig Ausnahmen elfstündige Ar-  
 beitszeit und Stundenlöhne von 25 bis 35 Pf., letztere sind  
 jedoch auch nur selten. Bei den Kleinmeistern wird durch-  
 weg elf Stunden gearbeitet, nur in einigen Baugeschäften  
 hat man mit zehn Stunden zu rechnen. Bezeichnend ist ein  
 Erlebnis, welches zwei Kollegen vor kurzem mit dem Meister  
 Niehoff hatten, indem er, anstatt ihnen Geld und Papiere  
 auszuhändigen, sie mit einem Abschnitt bezahlte; mit  
 Hilfe der Polizei war es den Kollegen erst möglich, ihre  
 Sachen zu erhalten. In der Drechslerwerkstatt und Schirm-  
 reparatur von Gotopp waren zwei Kollegen gezwungen,  
 die Arbeit niederzulegen wegen den horrenden Akkordpreisen;  
 zum Beispiel für Fahnenstangen auffertigen gab es früher  
 6 bis 8 Pf. für das laufende Meter, und jetzt bietet er noch  
 die Hälfte, dabei muß man noch mitunter einige Stunden  
 auf Arbeit warten. Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt hier  
 elf Stunden, und dafür bietet er 15 Mt., beim Akkord wird  
 es mitunter noch weniger. Für eine Lohnhöhung ver-  
 langt, dem weil er in Zukunft an ein solches noch  
 einige Stunden arbeiten, und was Sonntags nicht arbeiten  
 will, den kann er nach seinen eigenen Ausführungen erst  
 recht nicht brauchen. Sollten nun die reisenden Drechsler  
 Lust nach hier haben, so können sie sich diese Werkstatt ein-  
 mal ansehen, aber nur von außen, denn von innen bekommt  
 man es bald satt.

**Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.**

- Zugung ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach Aachen** (Aachener Dampfsäge- und Hobelwerk), Eöln a. Rh., Dortmund (Berensmann), Düsseldorf, Eisenberg, Fischbach i. Taunus (F. G. Schmidt), Frankfurt am Main (Baugeschäft Wilhelm Hande), Geesthacht, Kleinik, Goslar (Fr. Wagener), Halle a. S., Heflingen bei Staßfurt (Wesemeyer), Holzminde (Abbe & Cie.), Kiemen-scheibensabrik, Langenfelde bei Hamburg (Zimmermeister Schröder), Liegnitz (Dieh), Magdeburg (Mach-maschinenfabrik Munder & Cie.), Mühlhausen i. Th., Oels, Prießus (Schulze), Weimar (Th. Lindemann), Worms; Schweiz: Zuchwil bei Solothurn (Gebrüder Platt), Schweden, Dänemark, England (Distrikt Lyde);
  - Tischlern, Maschinenarbeitern und Drechslern nach** Bochum (Mettmann), Dresden (Arbeitsnachweis des Holzindustriellenverbandes), Fürth;
  - Modelltischlern nach** Berlin, Bremen (Alt.-Gef. Weser), Schweden;
  - Tischlern und Stellmachern nach** Dessau (Waggonfabrik), Eöln (Möbelwagenfabr. Wendt & Cie.), Hamburg (Wagenfabrik Falkenried), Bohwinkel (Maschinenfabrik Steeger);
  - Stuhlmachern, Drechslern, Polierern und Maschinenarbeitern nach** Düsseldorf (Sommer), Villingen (Hinswald);
  - Stellmachern nach** Gartha (Fausl, Plenikowsky), Stolp (Nischke);
  - Drechslern nach** Barmen (Omar Gilles & Justus);

- Gummi-drechlern nach** Leipzig;
- Stoß-drechlern nach** Hamburg, Brüssel;
- Musikinstrumentenarbeitern nach** Bamberg (F. G. Neu-per), Johannegeorgenstadt (M. Grunert), Liegnitz (M. Freytag);
- Korbmachern nach** Gisleben (G. Wicht), Fürsten-berg a. Oder, Geesthacht (Gebr. Meier), Hamburg (G. Ahrens), Jngolstadt (Kraus), Liegnitz (Konechny), Dranienburg;

**Zu Wiberach a. Rh.** haben die Korbmacher der Firma Hochhirsch ihre Forderungen voll bewilligt erhalten. Die Differenzen sind somit erledigt und wird die Sperre wieder aufgehoben.

**Zu Danzig** haben im Juni dieses Jahres die Maschinen-arbeiter des Baugeschäftes G. & C. Köner eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pf. verlangt. Da keiner der Be-teiligten organisiert war, durfte es nicht wundernehmen, daß die Forderung rundweg abgelehnt wurde. Die Maschinen-arbeiter stellten aber trotzdem die Arbeit ein. Es traten wohl am Tage der Arbeitseinstellung zwölf Mann dem Holz-arbeiterverband bei und 23 weitere folgten ihnen im Laufe der Woche (im ganzen kamen 50 Mann in Betracht), doch konnte denselben aus Verbandsmitteln keine Unterstützung gewährt werden, da sie die Karenzzeit noch nicht erfüllt hatten. Auch war der durch Sammlungen aufgebrachte Be-trag so gering, daß er für eine nachhaltige Unterstützung nicht in Betracht kommen konnte. Da der Unternehmer sich auf Verhandlungen nicht einließ, mußte die Arbeit be-dingungslos wieder aufgenommen werden. — Dieser Streik der Maschinenarbeiter hatte aber noch eine Arbeitseinstellung der Tischler zur Folge. Diesen war nämlich zugemutet worden, die Arbeit der Streikenden zu verrichten. Als das verweigert wurde, wurden zwei Kollegen entlassen, worauf auch die übrigen einmütig die Arbeit niederlegten. In Be-tracht kamen 17 Mitglieder unseres Verbandes, 12 Gewer-vereiner und 2 Mitglieder des christlichen Verbandes. Das Angebot, mit den Vertretern der Organisationen zu ver-handeln, wurde vom Firmainhaber schroff abgelehnt. Schließ-lich wurde der Streik, nachdem er 8 Wochen gedauert hatte und die Mehrzahl der Kollegen anderweitig untergebracht war, aufgehoben und die Sperre über den Betrieb verhängt. — Diese Maßnahmen scheinen ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben, denn der Firmainhaber, der früher von keiner Verhandlung etwas wissen wollte, lud nun selbst den Gau-vorsteher ein, und schließlich wurde mit unserem Verband und dem Gewerbeverein ein Tarifvertrag auf ein Jahr abgeschlossen. In demselben ist der Minimallohn auf 38 Pf. festgesetzt. Den vor dem Streik beschäftigten Kollegen wird der Stunden-lohn um 3 Pf. erhöht. Für Überzeit und Nacharbeit wird ein Zuschlag von 10 beziehungsweise 20 Pf. pro Stunde bewilligt, und sind etwaige Akkordüberschüsse am folgenden Lohn-tag voll auszuzahlen. — Dieser Ausgang der Lohn-bewegung bedeutet einen vollen Erfolg für die Organisation. Es liegt nunmehr an den Beteiligten, streng darauf zu achten, daß die Errungenschaften auch eingehalten werden.

**Zu Düsseldorf** steht die Bewegung auf dem alten Fleck und wird voraussichtlich eine Änderung nicht eintreten, da die Arbeitgeber eine Beschlußfassung über die letzten Vor-schläge zu ihrem Schaden auf die lange Bank schieben. Die auf die Reservisten gesetzten Hoffnungen der Arbeitgeber haben sich nicht erfüllt, und werden sie sich wohl oder übel damit abfinden müssen, den Forderungen ihrer bisherigen Arbeiter gerecht zu werden.

**Zu Gisleben** dauert der Streik in der Holzwarenfabrik von Wiedt immer noch an. Deswegen wird vor Zugung von Korbmachern nach Gisleben dringend gewarnt.

**Zu Fürstenberg a. O.** dauert der Streik bei den Korb-machern unverändert fort. Es ist wiederholt durch unseren Gauvorsteher Stusche versucht worden, eine Verständigung herbeizuführen, doch zeigten die Meister nicht das nötige Entgegenkommen. Sie erklärten in einer gemeinschaftlichen Sitzung, sich keine Vorschriften vom Verband machen zu lassen, noch weniger von einem Herrn aus Berlin. Sie wollten ja wieder Leute einstellen, wenn die Gesellen kämen und sagten, die gestellte Forderung sei unberechtigt. Mache sich jeder rechtentende Korbmacher zur Pflicht, Fürstenberg und Umgegend fernzubleiben.

**Zu Fürth** wird der Streik der Holzarbeiter vor-sätzlich noch einige Wochen dauern. Die Unterhand-lungen vor dem Einigungsamt waren hinfällig, weil die Unternehmer den Schiedspruch ablehnten. Die Unternehmer verpflichteten sich schriftlich auf Ehrenwort, daß sie vor dem 16. Oktober niemand einstellen, wenn am 18. September die Arbeit nicht aufgenommen wird. Nach dem 16. Oktober wollten sie nur noch zu den alten Bedingungen arbeiten lassen. Die Unternehmer glaubten, daß sie durch diese Er-klärung eine Uneinigkeit unter die Streikenden bringen werden, und daß es ihnen gelinge, eine Anzahl Streikbrecher zu erhalten. Dieser Hoffnung gab sich besonders der Vor-sitzende des Holzindustriellenverbandes hin, der auch für diesen Tag, als die Arbeit beginnen sollte, für ausreichenden polizei-lichen Schutz sorgte. Aber eine Enttäuschung stellte sich ein. Drei Mann gingen in die Fabriken, welche sich nachmittags wieder den Streikenden anschlossen. Die Ausständigen waren den Unternehmern durch Reduzierung ihrer Forderungen schon weit entgegengekommen, weshalb sie keine Veranlassung nehmen konnten, neue Unterhandlungen mit den Unternehmern anzubahnen. Der erste Bürgermeister der Stadt leitete des-halb neue Unterhandlungen ein, die am 23. September statt-fanden. Dabei wurde ein Resultat erzielt, das von den Streikenden schließlich auch angenommen worden wäre. Auch die Unternehmer, die den Verhandlungen beiwohnten, ver-sprachen, dafür einzutreten in ihrer Versammlung, daß eine Einigung zustande kommt. Die Unternehmer hielten am 25. September eine Versammlung ab, die ziemlich stürmisch verlief. Der unterschriebene Revers, daß vom 16. Oktober ab erst die Arbeiter zu den alten Bedingungen eingestellt werden dürfen, konnte nur aufgehoben werden, wenn sich alle Unternehmer damit einverstanden erklärten. Der Revers wurde nach langem Diskutieren aufgehoben. Die Unter-nehmer beschloßen aber, den Streikenden gegenüber nur Zu-geänderte zu machen, wenn sich dieselben verpflichteten, fünf Jahre keine neuen Forderungen zu stellen. Als die Streikenden dem Vorstand der Holzindustriellen erklärten, daß sie sich auf fünf Jahre nicht binden können, wurde die Frist um zwei Jahre vermindert. Aber auch auf drei Jahre

konnten sich die Kollegen nicht binden, weil gar nicht voraus-  
zusehen ist, was die Zukunft bringt. Die Unternehmer, die  
bei den früheren Unterhandlungen jede tarifliche Abmachung  
ablehnten, wollten auf einmal eine dreijährige Garantie, daß  
sie mit neuen Forderungen von den Arbeitern verschont  
bleiben. Der Streik muß also jetzt weitergeführt werden.  
Die Streikenden haben auch den Ernst der Situation er-  
kannt und stehen noch so einmütig zusammen wie bei Be-  
ginn des Kampfes. Daß die Erträge, welche die Fabriken  
den Unternehmern abwerfen, es nicht zulassen, daß die  
Unternehmer die Forderungen der Arbeiter bewilligen, ist zu  
bezweifeln. Ein Spiegelrahmenfabrikant gab gelegentlich einer  
Schadenersatzklage gegen seine Arbeiter vor dem Gewerbe-  
gericht seinen jährlichen Verdienst auf 7000 Mk. an, wenn  
er 80 Arbeiter beschäftigt. Dies ist sein reiner Verdienst.  
Man kann leicht überschätzen, was dann die anderen Unter-  
nehmer verdienen mögen, die fünf- bis achtmal so viel Ar-  
beiter beschäftigen. Die Unternehmer zeigten sich bei den  
Einigungsverhandlungen sehr hartnäckig. Der Vorsitzende  
des Holzindustriellenverbandes erklärte, daß die Unternehmer  
etwas gezwungen sein würden, Gegenmaßnahmen zu er-  
greifen. Sie würden sich einmal genötigt sehen, 60 Stunden  
arbeiten zu lassen anstatt 57 Stunden und nur einen Teil  
der Arbeiter beschäftigen. Daß die Unternehmer so lange  
den Streik hinstrecken, dürfte mit daran liegen, daß die hie-  
sige Spiegelindustrie unter der auswärtigen Konkurrenz wenig  
zu leiden hat. Die Unternehmer, die Möbel fabrizieren  
lassen, haben einen Verlust ihrer Kundschaft mehr zu be-  
fürchten als die Spiegelfabrikanten. Das einzige Zusammen-  
halten der Streikenden hat die Unternehmer veranlaßt, alles  
mögliche zu probieren, um Streifbrecher zu erhalten. Die  
Affordarbeiter wurden brieflich aufgefordert, zu einem be-  
stimmten Tage ihre angefangene Arbeit fertig zu machen.  
In den Wohnungen wurden Streikende aufgesucht und ihnen  
weiskemacht, daß sie von ihren Führern angelassen wurden usw.  
Durch große Zeitungsinserate wurden allerhand Arbeiter ge-  
sucht. Bis jetzt haben aber die Bemühungen der Unternehmer  
nichts genützt. Einzelne Möbelfabrikanten versuchen ihre  
Arbeit von auswärts zu erhalten, worauf die auswärtigen  
Kollegen besonders aufmerksam sein müssen. Für die Ar-  
beiterbewegung von großer Bedeutung sind die Urteile, welche  
das Gewerbegericht während des Streiks fällt. Die Unter-  
nehmer haben in ihrer Versammlung beschlossen, die Arbeiter  
wegen Kontraktbruchs zu verklagen. Sie machten vor dem  
Gewerbegericht geltend, daß ihnen ein Schaden entstanden sei,  
weil es ihnen die Arbeiter nicht mitteilten, daß sie in den  
Streik eintreten. Das Gewerbegericht stellte sich auf den  
Standpunkt, wenn auch Kündigungsfrist ausgeschlossen ist,  
so hätten es die Arbeiter Samstag abends ihren Unter-  
nehmern sagen sollen, daß sie Montag früh nicht mehr zur  
Arbeit kommen. Da dies nicht gesagt wurde, ist den Unter-  
nehmern ein Schaden entstanden, weil sie ihre Maschinen usw.  
in Betrieb setzten. Der Vertreter der Arbeiter machte geltend,  
daß es die Unternehmer hätten wissen müssen, daß der Streik  
ausbricht, wenn sie die Forderungen der Arbeiter nicht be-  
willigen. Dem Vorstand der Holzindustriellen, der die erste  
Klage anhängig machte, wurde vor Ausbruch des Streiks  
gesagt, daß die Geschichte ihren Lauf nimmt, wenn eine  
Einigung in Güte nicht erzielt wird. Der Beschluß, in den  
Streik einzutreten, wurde in einer allgemeinen Holzarbeiter-  
versammlung gefaßt. Die Unternehmer haben davon auch  
Kenntnis erhalten. Wenn sie dennoch ihre Maschinen in  
Betrieb setzten, ist es ein selbstverschuldeter Schaden. Auch  
der Beweis, daß die Unternehmer ihren Schaden zum größten  
Teil von ihrem Verband durch Unterstützung ersetzt erhalten,  
veranlaßte das Gewerbegericht nicht, von einer Verurteilung  
Abstand zu nehmen. Das Gewerbegericht sprach aus, wenn  
es die Unternehmer auch hätten wissen können, so hätte ihnen  
doch direkt mitgeteilt werden sollen, daß die Arbeiter in den  
Ausstand treten. Dies ist nicht geschehen, mithin mußten die  
Arbeiter verurteilt werden. Im ersten Falle wurden 2,50 Mk.  
Schadenersatz ausgesprochen, im zweiten Falle zweieinhalb-  
mal der durchschnittliche Tagelohn als Schadenersatz. Es  
dürfte wohl selten vorkommen, daß veraltete Urteile gefaßt  
werden. Doch wird das Urteil bei künftigen Gewerbegerichts-  
nicht vereinzelt bleiben, weshalb besonders aufmerksam bei  
Arbeitsniederlegungen empfohlen ist.

In **Geesthacht** befinden sich die Korbmacher der Firma  
Ahrens seit einiger Zeit im Streik, und hatten Veruche  
seitens des Gewerbestandes, mit Ahrens eine Einigung herbei-  
zuführen, nicht genügenden Erfolg. Wenn auch die Zu-  
geständnisse in der Lohnfrage befriedigende waren, so konnte  
bei der Einstellung der Streikenden mit Recht vorausgesetzt  
werden, daß die Maßregelung keine Grenzen hat. Es wurde  
deshalb einstimmig beschlossen, die Arbeit unter den Beding-  
ungen nicht aufzunehmen. Da Ahrens in Hamburg eben-  
falls Korbmacher beschäftigt, haben sich dieselben solidarisch  
erklärt und am 29. September, zwölf an der Zahl, die Arbeit  
eingestellt, und ist es Pflicht jedes Kollegen, bei Ahrens  
nicht in Arbeit zu treten. Es ist vorauszusetzen, daß  
Ahrens versuchen wird, Beschäftigte in anderen Orten  
machen zu lassen, und werden die Kollegen gebeten, vor-  
kommendenfalls dieses an den Sektionsführer A. Brauer,  
Hamburg, Sägereiplatz 9 part., zu melden, welcher un-  
verzüglich das Weitere veranlassen wird.

In **Hamburg** ist der Streik der Stockarbeiter seitens  
der Streikleitung und der Ortsverwaltung unter einstimmiger  
Zustimmung der streikenden Kollegen am 12. September für  
beendet erklärt worden. Der Schirmfabrikant Herr Barbo  
hatte, da die Stockfabrikanten für die Arbeiter nicht zugäng-  
lich waren, die Vermittlerrolle zwischen Arbeitgeber und  
Arbeitnehmer übernommen und die Herren zu einer Sitzung  
veranlaßt. In dieser Sitzung haben sich die Herren bereit  
erklärt, den achteinhalbständigen Arbeitstag, den strittigsten  
Punkt unter den gestellten Forderungen, ab 1. März 1906  
zur Einführung zu bringen. Da die Streikenden das Haupt-  
gewicht auf die Verkürzung der Arbeitszeit von vornherein  
gelegt hatten, die übrigen, an sich sehr minimalen Forde-  
rungen einen längeren Kampf nicht gerechtfertigt erscheinen  
ließen, wurde auf Anraten der Streikleitung und des Vor-  
sitzenden der Verwaltung der Streik einstimmig für beendet  
erklärt und die Kollegen aufgefordert, die Arbeit wieder  
aufzunehmen. Ein großer Teil der Kollegen konnte jedoch,  
da die Vorarbeiten erst fertiggestellt werden mußten, nicht  
sodort an ihre Plätze zurückkehren, so daß ihre Einstellung  
erst nach und nach erfolgen konnte. Dabei stellte sich leider  
heraus, daß einige der Herren Arbeitgeber es sich nicht ver-

zagen konnten, für den entgangenen nicht unbeträchtlichen  
Gewinn Raube an einigen Kollegen zu nehmen. Ein der  
Streikführer sollten gemahnet werden. Auf die Firma  
H. Grotte entfallen 2, auf Herrn Aug. Benning, den  
vernünftigsten Stockfabrikanten Hamburgs, 5 und  
auf die Firma H. Holz, der erklärte, den Charakter der zu  
Maßregelnden kennen gelernt zu haben (sic!), 4 Kollegen.  
In 6 Werkstellen haben die Kollegen bis auf die Gemah-  
regelnden die Arbeit wieder aufgenommen, dagegen haben die  
Kollegen der Firma Holz erklärt, unter diesen Umständen  
auf die Arbeit des Herrn Holz zu verzichten, und zwar so  
lange, bis Herr Holz sich eines Besseren besonnen hat. Es  
ist daher über die Fabrik dieses Herrn die Sperre verhängt  
worden. Es ist uns nun trotzdem und alledem gelungen,  
die Kollegen bis auf 6 Mann andernwärts unterzubringen.  
Und wenn die organisierten Kollegen dafür sorgen, daß der  
Zug nach Hamburg noch weiterhin ferngehalten wird, so  
werden wir auch diese Kollegen noch unterzubringen in der  
Lage sein. Wir ersuchen daher die Kollegen, Hamburg  
noch zu meiden, gegebenenfalls sich aber erst an die hiesige  
Verwaltung zu wenden und dort Erläuterungen einzuholen,  
bevor sie auf ein Angebot eines Arbeitgebers eingehen.

In **Gartha** ist der Streik bei der Firma Plentkowsky  
zugunsten der Arbeiter beendet. Auch sind die Differenzen  
bei der Firma Faust zur Zufriedenheit erledigt. Die Sperre  
über beide Betriebe ist aufgehoben.

In **Holzminde** sind bei der Firma Abbe & Co.,  
Riemenscheibefabrik, innerhalb der letzten zwei Jahre  
den Holzarbeitern nach und nach bis 40 Prozent Affordlohn-  
abzüge gemacht worden, und jetzt werden wiederum 15 bis  
20 Prozent Abzug angekündigt. Um die Arbeiter gefügiger  
zu machen, werden die Kollegen, welche nicht gleich zu allem  
Ja sagen, entlassen. So wurden auch jetzt wieder sechs organi-  
sierte und mehrere Jahre dort beschäftigte Kollegen wegen  
angeblichem Arbeitsmangel entlassen. Da aber die Firma  
gleichzeitig in auswärtigen Mätkern Arbeitskräfte sucht, ist  
bewiesen, daß dieselbe nur gefügige und billige Arbeiter  
haben will. Die auswärtigen Kollegen werden gebeten, dar-  
für zu sorgen, daß dieser Betrieb nicht überlaufen wird.

In **Magdeburg** dauert der Streik der Abputzer und  
Polierer bei der Firma Mundlos & Co., Nähmaschinen-  
fabrik, noch immer an. Trotzdem daß die Lieferungen jetzt  
bei der beginnenden Saison durch den Streik aufs äußerste  
in Frage gestellt sind, versucht es die Firma doch noch immer  
mit allerhand Mitteln, sich ums Nachgeben herumzudrücken.  
In Magdeburg selber hat sie draußen an der Weichbilds-  
grenze einen ehrbaren Meister erwischt, der ihr angeblich  
tausend Platten abzuputzen versprochen hat. Er selber hat  
zwar sein Lebtage noch kein Furnier unterm Hobel ge-  
habt, sucht aber dafür nun ebenfalls Hausmeister. Da das  
Kraut aber in Magdeburg seit geraumer Zeit nicht mehr  
wächst, so wird auch dieser ehrsame Meister seine reellen  
Absichten aufstecken müssen. Auch nach auswärts wendet  
sich die Firma um Retter in der Not, so hat sie am 29. Sep-  
tember je eine Musterplatte um Rollen nach Kaiserslautern  
geschickt, ohne Frage zu dem Zwecke, um danach von dort  
Streikarbeit angefertigt zu erhalten. Wir ersuchen des-  
wegen dringend alle Kollegen, sowohl den Arbeits-  
als auch sonstigen Angeboten der Firma Mundlos  
& Co. die gebührende Beachtung zu schenken.

In **Nordhausen** sind die Differenzen bei W. G. Köhler  
beigelegt. Der Inhaber der Firma, Herr Jacher, bewilligte  
die Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden im Sommer  
und 9 1/4 Stunden im Winter, also um eine Viertelstunde  
täglich; für Überstunden sollen, soweit durch sie die normale  
Arbeitszeit überschritten wird, 10 Pf. extra bezahlt werden.  
Das gemachte Zugeständnis befriedigte zwar unsere Kollegen  
nicht vollständig, doch wurde nach eingehender Debatte mit  
Zweidrittelmehrheit beschlossen, das Angebot anzunehmen.  
Die Aufbesserungen betragen auf einzelne Artikel 8 bis  
20 Prozent, doch ist dabei zu berücksichtigen, daß die größeren  
Aufbesserungen den wenig gangbaren Artikeln zugute kamen,  
während für die oft geringsten wenig oder nichts abfiel.  
Der Umfang der Aufbesserung läuft im Durchschnitt etwa  
5 Prozent betragen. Bei der Annahme dieses Angebots  
ließen sich die Kollegen von dem Gedanken leiten, daß zwar  
noch viele Wünsche unerfüllt geblieben, daß aber das Zu-  
gestandene ohne besondere persönliche Opfer der Kollegen  
erreicht wurde. Schließlich werden die Verhältnisse in der  
Jacher'schen Fabrik von dem Verhalten unserer Kollegen ab-  
hängig sein. Es gibt tausend Mittel und Wege, um die  
Zugeständnisse illusorisch zu machen. Aber alle Versuche  
werden abprallen, wenn die Kollegen im Holzarbeiterverband  
eine einige geschlossene Masse darstellen.

In **Offenbach** sind die Differenzen bei der Firma Coillet  
& Engelhardt beigelegt. Die Firma hat die Forderungen  
unserer Kollegen in der Hauptsache bewilligt.

Aus **Dänemark**. Zum Modellistikerstreik in Däne-  
mark berichtet der Vorstand des Dänischen Tischlerverbandes  
an den Sekretär der Internationalen Union, daß die Firma  
Lange & Co. in Svendborg bereits nach Berlin Zeichnungen  
gesandt habe, um die Modelle dort anfertigen zu lassen.  
Wir machen die Berliner Modellistiker hierauf  
aufmerksam.

Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß in der Pianofabrik  
Hornung & Müller in Kopenhagen aus Anlaß einer  
partiellen Aussperrung ein Streik ausgebrochen ist, an welchem  
60 Klaviermacher beteiligt sind. Es handelt sich darum, daß  
der kürzlich mit dem Fabrikantenverein vereinbarte Lohn-  
tarif aus dieser Firma respektiert werden soll.

Ein Streik der Mühlenbauer ist auf den Vereinigten  
Dampfmühlen (Alliengesellschaft) in Kopenhagen aus-  
gebrochen, weil die Direktion die Arbeitszeit auf 10 1/2 Stunden  
verlängern und den Lohn herabsetzen wollte. Dem Ver-  
nehmen nach sollen in Leipzig und Dresden arbeitswillige  
Mühlenbauer nach Kopenhagen engagiert worden sein. Wenn  
wir auch nicht annehmen können, daß diese Vermutung richtig  
ist, so wollen wir die deutschen Kollegen doch auf diesen  
Streik aufmerksam machen; sie werden dann ihre Pflicht zu  
tun wissen.

### Aus den Berufen der Holzbranche.

#### Der „Christliche Arbeiterverrat“ in Cöln.

Die „Rheinische Zeitung“ veröffentlicht folgenden Brief des  
Cölnler Lokalbeamten des Christlichen Holzarbeiterverbandes  
an einen Holzarbeiter in Guskirchen.

Cöln, den 18. Sept. 05.

Werter Kollege!

Es wurde mir mitgeteilt, daß Du evtl. geneigt seiest,  
hier in Cöln als Maschinenschreiner in Arbeit zu treten.  
In verschiedenen Werkstellen werden hier tüchtige Maschin-  
schreiner gesucht. Der Lohn beträgt 5,00—5,50 Mk. Am  
besten ist es, Du wendest Dich an den Arbeitsnachweis  
unseres Verbandes, Cöln, Palmstr. Nr. 14, wo Dir sofort  
Arbeit angewiesen wird. Bekannt wird Dir sein, daß der  
sozialdemokratische Verband sich hier im Streik befindet.  
Da aber der Streik ohne unsere Zustimmung inszeniert  
wurde, haben wir keine Veranlassung, denselben mit-  
zumachen, vielmehr sehen wir denselben als für uns nicht  
existierend an.

Auf diesbezgl. Antwort wartend, zeichnet mit febl. Gruß  
für den Christl. Holzarbeiterverband, Zahlstelle Cöln  
Willy Heimüller,  
Wdr. Palmstr. Nr. 14.

Dieser Brief ist von unschätzbarem Werte für die Ge-  
schichte des Cölnler christlichen Arbeiterverrats. Er dreht  
allen Lügen, mit denen die Streikführer ihre feige Tat  
zu beschönigen versucht haben, den Hals ab. In dem Briefe  
ist es mit nackten Worten urkundlich festgelegt, daß der  
Cölnler Arbeiterverrat nur deshalb begangen wurde, weil  
der Deutsche Holzarbeiterverband mit seinen mehr als  
auderhalbtausend Stimmen sich nicht dem Willen der 135  
christlichen Mitglieder fügte, die gegen den Streik gestimmt  
haben.

#### Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie.

Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ lagen die Verhältnisse in der Holz-  
industrie im Monat August ähnlich günstig wie im Vor-  
monat. Für die Berliner Möbelindustrie zeigten sich,  
infolge zahlreich eingegangener Aufträge, die besten Aus-  
sichten für ein flottes Herbstgeschäft. Die Pinsel- und  
Bürstenfabrikation hatte keine Verschlechterung gegen  
den Vormonat zu verzeichnen, es lagen noch reichliche Auf-  
träge vor. In Baden war der Arbeitsmangel noch nicht  
völlig behoben. Aus der Sonneberger Spielwaren-  
industrie wurde gemeldet, daß die Umsätze etwas geringer  
wären als im gleichen Monat des Vorjahres, da England  
und seine Kolonien sich als wenig aufnahmefähig erwiesen.  
An weiblichen Arbeitskräften war noch immer Mangel vor-  
handen. Unverändert gut war die Beschäftigung der  
Waggonbauanstalten, welche seit Monaten durch reich-  
liche Aufträge unter anderen der preussisch-hessischen Eisen-  
bahndirektionen flotten Betrieb verzeichnen, ohne durch  
nennenswerte Zwischenfälle seitens der Arbeiter in der Er-  
ledigung ihrer Aufgabe gehindert zu werden (!!). Nur in  
Süddeutschland kam es zu partiellen Arbeitsausständen, die  
in der Regel nach kurzer Zeit erfolglos wieder aufgegeben  
wurden.

#### Der Verband der Birsten- und Pinselmacher Deutsch- lands (Kniestedtsche Organisation) hält seinen zweiten Verbandsstag am 26. und 27. Dezember 1905 in Berlin ab.

Im **Gewerkverein der Tischler** (Hirsch-Duncker) ist  
durch Urabstimmung mit 2245 gegen 314 Stimmen Er-  
höhung des Wochenbeitrags von 20 auf 25 Pf. beschlossen  
worden.

### Gewerkschaftliches.

#### Partei und Gewerkschaften.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei richtet in  
dem Aufruf, in dem er seine Konstituierung anzeigt, folgende  
beherzigenswerte Mahnung an die Parteigenossen:

„Die gewerkschaftlichen Organisationen, die die Aufgabe  
haben, die Lage der Arbeiterklasse auf dem Boden der be-  
stehenden Wirtschaftsordnung nach jeder Richtung zu heben  
und zu verbessern und andererseits ungehörige Zumutungen  
der Unternehmer an die Arbeiter zurückzuweisen, sind eine  
unbedingte Notwendigkeit in der bestehenden sozialen Ord-  
nung.“

Diese Organisationen erfüllen in um so vollkommenerem  
Maße ihren Zweck, je größer die Zahl der Arbeiter ist, die  
in einem bestimmten Berufe ihrer Gewerkschaftsorganisation  
angehören. Sind sämtliche in einem bestimmten Berufe vor-  
handenen Arbeiter in ihrer Gewerkschaft organisiert, so hat  
dieselbe das Ideal einer Gewerkschaftsorganisation erreicht.  
Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, wie es in der  
vom Jenaer Parteitag über den politischen Massenstreik an-  
genommenen Resolution heißt, für dessen Beruf eine Gewerk-  
schaftsorganisation vorhanden ist oder gegründet werden  
kann, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der  
Gewerkschaften zu unterstützen.

Das letztere ist selbstverständlich auch Aufgabe der Partei-  
presse, die dort, wo sie kritisch gegen Vorgänge in einer Ge-  
werkschaft austritt, nie vergessen möge, welche Aufgabe sie  
als Arbeiterpresse den Gewerkschaften gegenüber zu erfüllen  
hat.“

#### Gewerkschaften und Genossenschaften.

Im Hamburger Gewerkschaftsartikel wurde jüngst über das Verhältnis zwischen  
Gewerkschaften und Genossenschaften verhandelt, wobei der  
auf dem Cölnler Gewerkschaftskongress behandelte Streit  
zwischen der Hamburger Genossenschaft „Produktion“ und  
einer Gewerkschaft über die Herstellung von Arbeiter für die  
Genossenschaft die Hauptfrage bildete. Die Verhandlungen  
endeten mit Annahme der folgenden Resolution:  
„Die Kartellversammlung hält es im Interesse der hie-  
sigen Arbeiterbewegung für angebracht, daß die Genossen-  
schaften ihre Arbeiten, soweit die Möglichkeit vorhanden

und die Konkurrenz es irgend zuläßt, hier am Plage herstellen lassen.

Sie spricht diesen Wunsch aus, weil das Gewerkschaftskartell die genossenschaftlichen Bestrebungen stets unterstützt und gefördert hat, und insbesondere durch sein Verhältnis zur „Produktion“ ein ganz besonderes Interesse an deren Weitergehen hat.

Sie erblickt in der Herstellung der für die „Produktion“ benötigten Arbeiten hier am Plage ein Werbemittel von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Aus diesen Gründen empfiehlt die Kartellversammlung den Genossenschaften, bei eventueller Vergabung von Arbeiten mit den in Betracht kommenden Gewerkschaften sich vorher ins Einvernehmen zu setzen. Kommt es in solchem Falle zwischen den beteiligten Körperschaften zu Differenzen, ohne daß ein Ausgleich gefunden wird, so wird den Parteien empfohlen, die Vermittlung der Kartellkommission anzurufen.

Keinesfalls sollten aber solche Differenzen zum Gegenstand einer öffentlichen Versammlungs- oder Preßberichterstattung gemacht werden, bevor nicht eine Schlichtung der Differenzen durch die Kartellkommission versucht worden ist.

**Aussperrungen.** Die Aussperrung in der Berliner Elektroindustrie hat größere Dimensionen angenommen. Die aussperrenden Firmen hatten den Arbeitern ein Ultimatum gestellt, entweder Wiederaufnahme der Arbeit durch die streikenden Lagerarbeiter und Schraubendreher unter Zubilligung einer geringen Lohnerhöhung oder Aussperrung von weiteren 20000 zu den ohnedies schon ausgesperrten 8500 Arbeitern. Die streikenden Arbeiter haben das Lohnangebot der Firmen abgelehnt, worauf am 30. September die angeordnete Aussperrung von weiteren 20000 Arbeitern erfolgte, und das, obwohl von den Gewerkschaften mittlerweile erneut Unterhandlungen angebahnt worden waren. Die Gewerkschaften haben nunmehr beschlossen, die sämtlichen Betriebe der Berliner Elektroindustrie still zu setzen, um den scharfmacherischen Gelüsten der Elektroindustriellen ein Ziel zu setzen. Unschonend wird es diesmal in Berlin zu einem erbitterten Kampfe kommen. — Die Aussperrung auf der Werft der Aktiengesellschaft „Weser“ in Bremen ist nicht perfekt geworden, da es mittlerweile gelungen ist, die Differenzen der Gesellschaft mit den Mobellischlern zu einem für die Arbeiter günstigen Ende zu führen.

**Das bayerische Kriegsministerium und Tarifverträge.** Bekanntlich wurde am 19. Juli d. J. in Freising ein für sämtliche Schreinerereien gültiger Tarifvertrag abgeschlossen. Trotzdem die Meister Frischhut, Schäffler und Glaffler den Tarif unterschrieben, glaubten sie, bei Ausführung der Kasernenarbeit denselben umgehen zu können, worauf seitens unseres Gauvorstehers, Kollegen Raith, unterm 25. August beim Kriegsministerium hiergegen Beschwerde erhoben wurde. Letzteres leitete eine genaue Untersuchung ein und machte den Meistern wegen ihres Tarifbruchs Vorhalt, und nur gegen ihre protokolllarische Zusicherung, in Zukunft den Tarif genau einzuhalten, entgingen diese Herren Meister der Entziehung der Kasernenarbeiten. Kollege Raith wurde seitens des Kriegsministeriums von diesem Ausgang seiner Beschwerde verständigt.

**Für reisende Gewerkschaftsmitglieder** ist das Wandern in Bayern eine riskante Sache, da sie leicht in Gefahr kommen können, von dem ersten besten Gendarmen wegen Landstreicherei eingesteckt zu werden. Dies mußten zwei reisende Buchdrucker erfahren, die in dem oberpfälzischen Dorfe Remnath von einem Gendarmen wegen Landstreicherei festgenommen und ins Gefängnis nach Neunburg v. W. transportiert wurden, wo man sie acht Tage lang festhielt. Sie sind zwar schon längere Zeit konditionslos, konnten aber sofort durch ihre Mitgliedsbücher nachweisen, daß sie als Mitglieder des Buchdruckerverbandes Unterstützung beziehen und noch lange bezugsberechtigt sind. Der Amtsrichter beachtete diesen Einwand nicht und ließ sie erst nach acht Tagen frei, nachdem der Münchener Gauvorstand der Buchdrucker interveniert und die Mitgliedschaft der beiden bestätigt hatte. Das Mitgliedsbuch hat man anscheinend nicht als beweiskräftig genug angesehen. Der Herr Gendarm scheint auch nicht ganz glimpflich mit ihnen umgegangen zu sein, denn nach zehn Tagen noch sah man an ihren Armen die Spuren der Schließkette.

**Der Vorstand des Buchbinderverbandes** veranstaltet unter den Mitgliedern des Zentralvereins der Bildhauer ein Preisaus schreiben zu Entwürfen für ein **Verbandsplakat**.

**Der Verbandstag des Fleischerverbandes**, welcher vom 3. bis 5. September in Leipzig stattfand, beschloß die Einführung eines Streikreglements. Mit dem System der Sammellisten soll gebrochen und nur den Mitgliedern volle Unterstützung gewährt werden, welche 26 Wochenbeiträge gezahlt haben. Der Beitrag wurde auf 85 Pf. wöchentlich erhöht und die Karenzzeit für den Bezug von Krankenunterstützung auf drei Tage herabgesetzt. Dagegen wurde ein Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung abgelehnt. Schließlich wurde noch die Anstellung eines zweiten besoldeten Beamten beschlossen. — Der Sitz des Verbandes bleibt in Berlin.

**Der Glaserverband** erhebt auf fünf Wochen einen **Extrabeitrag** von 20 Pf.

**Im Handschuhmacherverband** findet demnächst per Urabstimmung die **Neuwahl** des Vorsitzenden statt. Der Verband hält seine Generalversammlungen nicht regelmäßig, sondern nach Bedarf ab. Daher dieser in keiner anderen deutschen Gewerkschaft zu findende Wahlmodus.

**Der Lederarbeiterverband** erhebt laut eines Beschlusses seines Hauptvorstandes ab 1. Oktober eine obligatorische **Extrasteuer** von 15 Pf. pro Woche.

**Im Schmiedeverband** haben Vorstand, Gauvorsteher und Verbandsausschuß beschlossen, den jetzigen 30 Pf.-Wochenbeitrag auf 35 Pf. zu erhöhen.

**„Der Fachgenosse“**, das Verbandsorgan des Glaserarbeiterverbandes, feierte am 1. Oktober das Jubiläum seines zwanzigjährigen Bestehens. Er wurde von dem Genossen Horn zu einer Zeit gegründet, als die Organisation der Glaserarbeiterschaft noch ganz dämmernd lag.

**Zentralkommission für Bauarbeiterbesch.** Die Adresse des Sekretariats der Zentralkommission für Bauarbeiterbesch. ist von jetzt ab, G. Heinke, Hamburg 7, Wesenbinderhof 56 II.

**Gewerkschaftskartelle** der freien Gewerkschaften gab es Ende August laut einer Zusammenstellung des „Correspondenzblattes“ 490, gegen 464 im Januar d. J.

**Das Leipziger Gewerkschaftskartell** hat beschlossen, die zu gründende Fürsorgestelle für lungenkranke Arbeiter mit einem jährlichen Beitrag von zirka 1000 Mk. zu unterstützen.

**Christliche Gewerkschaftskartelle.** Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ veröffentlicht die Liste von 108 christlichen Gewerkschaftskartellen (gegenüber 55 im vorjährigen Verzeichnis). Die Zahl der christlichen Ortskartelle hat sich also nahezu verdoppelt. Wenn auch nicht wenige dieser Kartelle von sehr geringem Umfang sind und sich auf die Einsetzung eines örtlichen Vertrauensmannes beschränken, so darf der Wert dieser systematischen Organisationsarbeit unserer Gegner doch nicht unterschätzt werden. In 28 Orten bestehen christliche Kartelle, wo es noch an jedem Zusammenwirken unserer Gewerkschaften fehlt, nämlich in Ahlen, Aumen, Barop, Venrath, Wocholt, Vorbeck, Cuxen, Fulda, Gelbern, Greven, Gr. Steinheim, Revelaer, Kleve, Meheim, Neuß, Osterburg, Paderborn, Rees, Rheine, Rheydt, Stolberg, Werden und Wülfelen. Die Fortschritte der christlichen Agitation müssen unseren Genossen ein Ansporn sein, auch ihrerseits in der Agitationsarbeit nicht zu erlahmen.

**Ein Wirklicher Geheimer Rat als Gewerkschaftsagitator** ist in Deutschland keine alltägliche Erscheinung. Es ist daher der Erwähnung wert, daß ein Inhaber dieses Titels im evangelischen Arbeiterverein in Cassel einen Vortrag hielt. Noch merkwürdiger ist es, daß dieser Redner, nämlich der Wirkliche Geheime Rat Rothe, der Ansicht Ausdruck gab, daß die Arbeiterkämpfe grundsätzlich berechtigt sind, und daß er den christlichen Gewerkschaften nachrühmte, daß sie im Kampfe um die Verbesserung ihrer Lage auch zum schärfsten Mittel, zum Streik greifen. Von den freien Gewerkschaften will Excellenz Rothe natürlich nichts wissen, obwohl er bei der Agitation für die christlichen Gewerkschaften gerade auf die Momente den höchsten Nachdruck legt, welche für die freien Gewerkschaften in erster Linie in Betracht kommen.

Die christlichen Gewerkschaften in Cassel setzen auf die Zugkraft ihres neuen Agitators große Hoffnungen. Berufstätige Arbeiter werden sich aber auch von einem Wirklichen Geheimen Rat nicht für die christlichen Gewerkschaften einsperren lassen, wenn sie wissen, in welcher Weise der Christliche Holzarbeiterverband in Köln unter dem Beifall der christlichen Presse den Streikbruch systematisch organisiert hat.

Der Umstand, daß sogar ein hoher Regierungsbeamter sich Mühe gibt, die Arbeiterbewegung zu zersplittern, sollte auch diejenigen Arbeiter, welche der Gewerkschaftsbewegung noch gleichgültig gegenüberstehen, darüber aufklären, wohin sie gehören.

**Das Magedelied eines Unorganisierten.** Ein Parteigenosse in Köln erhielt von seinem Schwager in München, einem ausgesperrten Metallarbeiter, einen Brief, der für die Psychologie der Unorganisierten geradezu typisch ist. Es heißt darin: „Du weißt, wie ich voriges Jahr zu Dir sagte, daß er (der Fabrikant) nur Organisierte hinauswirft. Darum hielt ich mich immer zurück. Jetzt hat sich der Schuft eines anderen bemerkt und wirft uns sämtlich hinaus, natürlich mit dem Unterschied, daß die anderen eine Unterstützung bekommen und ich keine, weil ich seinen Worten zu viel Glauben schenkte. Das habe ich nach achteinhalb Jahren von diesen Schuftens. Wie lange diese Aussperrung dauern wird, wissen wir nicht, denn die Prinzipale sind sehr eigenstimmig; aber von was Leben und Zins zahlen?“ — Der Brief schließt mit der Bitte, dem Schreiber während der am kommenden Sonnabend beginnenden Aussperrung eine kleine Unterstützung zu gewähren. Das Geschick, das diesen Nichtorganisierten traf, ist das, was er verdient und selbst gewollt hat. Trotz seiner Rürge kann der Brief beinahe ein wirksames Flugblatt ersetzen. Wir veröffentlichen ihn zu Nutz und Frommen aller dorer, die sich bisher vor der Beitrittspflicht zu ihrer Gewerkschaft vorbeigedrückt haben.

Der englisch Gewerkschafts-Panopticon, der seine diesjährige Tagung in London hielt, war von 153 Delegierten besucht, die 114 Verbände mit insgesamt 1561800 Mitgliedern vertraten. Dieses Mal waren auch wieder der Maschinenbauerverband und der Verband der Durham-Bergleute vertreten, die sich eine Reihe von Jahren den Kongressen ferngehalten hatten. Unter den Delegierten waren sechs Parlamentsmitglieder, das Arbeitsamt war durch John Burnett vertreten. Die Eröffnungsrede hielt Sexton (Gasenarbeiter von Liverpool), der die Friedenschlüsse des internationalen Proletariats über den Friedensschluß zwischen Rußland und Japan zum Ausdruck brachte. — Hierauf wurde der Bericht des parlamentarischen Komitees gegeben. Dieser befaßt sich in ausführlicher Weise mit dem gegenwärtigen Stande der englischen Arbeiterschutzgesetzgebung: Arbeitslosen-, Unfallversicherungsgesetz, besonders aber mit dem Entwurf, betreffend die rechtliche Stellung der Trade Unions. Letzterer ist nach der zweiten Lesung durch die Parlamentskommission deziert verschlechtert, daß die Gewerkschaften gegen die Annahme in dieser Fassung im Interesse ihrer Existenz auf das lebhafteste protestieren müssen. Auch die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Arbeiter zur Abwehr der Angriffe auf die Gewerkschaften, die Vermehrung der Macht der Arbeitervertreter im Parlament wird betont, und Sexton hatte schon in seiner Begrüßungsrede erklärt, daß nur die politisch unabhängige Arbeitervertretung der Arbeiterbewegung Hilfe bringen könne.

### Gingefandt.

**Zur Stellmacherkonferenz in Halle a. S.** Den Delegierten zur Kenntnis, daß am Sonntag den 15. Oktober, von morgens 7 Uhr an, ein Empfangskomitee am Bahnhof anwesend sein wird. Als Erkennungszeichen gilt rot-weiße Rosette. Diejenigen Delegierten, welche schon Sonnabends hier eintreffen wollen oder besondere Wünsche in bezug auf Logis usw. haben, werden gebeten, dieses dem Unterscheidener baldigst mitzuteilen. Die Konferenz tagt im Gasthaus Zum Weissen Roß, Geißeustraße 5, nicht Christophstraße, wie in letzter Nummer irrtümlich angegeben ist. **Mag Schnabel,** Halle a. S., Liebenauerstraße 11 III.

### Zur Stellmacherkonferenz

haben auch die Dresdener Kollegen Stellung genommen. Sie sind der Hoffnung, daß dort auch darüber beraten wird, wie die Agitation auf dem Lande und in den kleinen Städten am besten und erfolgreichsten betrieben wird. Durch diese Orte wird es den Kollegen in den Großstädten immer mehr erschwert, vorwärts zu kommen. Es kommt nämlich sehr viel Arbeit in die Großstädte zu solch billigen Preisen, daß man fragen möchte, was ist bezahlt, Arbeitslohn oder Holz? Deshalb haben die Dresdener Kollegen folgende Anträge zur Konferenz gestellt: 1. Der Hauptvorstand wird beauftragt, die Gauvorstände anzuweisen, daß dieselben die Mittel zur Agitation außerhalb der Zahlstelle zu bewilligen haben. 2. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ in den Still auszubauen, wie die „Wagenbauer-Zeitung“ war. 3. Abschaffung der Akkordarbeit und Einführung eines einheitlichen Lohnes nach Lage der Gegend. 4. Eine Agitationskommission zu wählen als Mittelinstanz zwischen Mitgliedern und Hauptvorstand. 5. Den Hauptvorstand zu beauftragen, eine Agitationsbroschüre herauszugeben. **R. Storch,** Dresden.

### Literarisches.

**„Neue Gesellschaft“**, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Eily Braun (Verlag: Berlin W 85. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Mk.). Heft 17 bis 28.

Diese billige und gute Zeitschrift, die sich eingehend mit der Gewerkschaftsbewegung beschäftigt, sollte von allen Gewerkschaftlern abonniert werden.

**Dr. Georg Gradnauer, Das Elend des Strafvollzugs.** Berlin 1905, Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Preis 50 Pf. Durch alle Parteibuchhandlungen zu beziehen.

In Anknüpfung an das Ergebnis des „Wohlfahrts-Prozesses“ behandelt der Verfasser einige der wichtigsten Fragen des Strafvollzugs. Es sind dargestellt:

Das Strafrecht der bestehenden Klassen. — Aus der Geschichte des Strafvollzugs. — Der Strafvollzug der Rache. — Die Erfolglosigkeit des Strafvollzugs. — Die Disziplinarstrafen. — Krankheit und Krankenfürsorge. — Geisteskrante und Minderwertige im Strafvollzug. — Neue Wege.

Die Probleme des Strafvollzugs sind in neuerer Zeit auf die politische Tagesordnung gestellt und dürfen nicht wieder von ihr verschwinden. Die Verbesserung der unseligen Zustände, die im Strafvollzug herrschen, zu finden, ist die Aufgabe der hier vorliegenden Schrift.

### Briefkasten.

**Nach Posen.** Die ehrbaren Christen entwickeln in der letzten Zeit eine solche Produktivität im Erfinden von Schauer Geschichten, die den Blick von dem in Köln verübten Verrat ablenken sollen, daß es unmöglich ist, jede einzelne Lüge als solche aufzudecken. Der Fall, den Sie klarstellen, ist ja besonders drastisch, wir müssen aber auf den Abdruck Ihrer umfangreichen Einsendung verzichten, da uns der knappe Raum zwingt, uns bei der Besprechung von derartigen Vorgängen, welche nicht die Holzindustrie direkt berühren, die größte Meserve aufzuwerfen.

**Dresden. R. St.** Ihren Wunsch, das ganze umfangreiche Schriftstück in der „nächsten Nummer“ abzudrucken, konnten wir nicht erfüllen. Wenn wir auch als Wochenschrift in bezug auf Schnelligkeit der Berichterstattung nicht mit der Tagespresse konkurrieren können, so sollte man uns doch nicht zumuten, in der Nummer vom 7. Oktober den Bericht über eine Lohnbewegung zu bringen, welche am 22. Mai abgeschlossen war. Damit hätten Sie ein paar Tage früher kommen müssen. Außerdem ist es auch unbillig, beiderseitig beschriebenes Papier als Manuskript an die Zeitung zu senden; dieser Mangel wird auch nicht dadurch kompensiert, daß der Zuschritt der Zahlstellenstempel fehlt.

**Stuttgart. J. Sp.** Dein Eingekand ist zum Abdruck in der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht geeignet.

**Erurt. G. B.** Wir denken, Deine gegen die Äußerung des Kollegen Stubbe auf dem Jenaer Parteitag gerichtete Erklärung erübrigt sich, nachdem der Hauptvorstand in dieser Nummer zu der Angelegenheit Stellung nimmt.

### Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(G. S. 8 in Hamburg).

**Überschüsse** sandten ein in der Zeit vom 8. bis 28. September: Berlin G 2400 Mk., Karlsruhe, Nürnberg je 1000, Berlin B, Chemnitz je 800, Weissenfee 600, Berlin A, Berlin F, Neu-Jensenburg je 500, Breslau, Augsburg, Hörde, Nürdorf, Dresden-N. je 400, Charlottenburg, Nichtenberg je 350, Griesheim, Rall, Deuß, Köln I, Wilmersdorf, Löttau je 300, Dietzheim, Wiesbaden, Coblenz je 250, Altenburg, Neustrelitz, Friedrichsfelde, Heidelberg, Bamberg, Reib, Gohlis, Gaarden, Frankenthal, Mariendorf, Pirna, Neue Neustadt, Schweinau, Lambrecht, Mündenheim, Mühlburg je 200, Heilbronn, Wieschen, Stettin, Dürkheim, Esthal, Garburg, Düsseldorf, Leipzig III, Erlangen, Stillingen, Löttau, Weisshöfchen je 150, Eisenburg, Vorsch, Danzig, Ködelheim, Reutlingen, Loheda, Moorburg, Mieb, Ohlau, Trebbin, Neuschönefeld, Biersen, Raftatt, Göttingen, Diberach, Feuerbach, Bassau, Adenberg, Hildorf, Lineburg, Merseburg, Würzig, Wack, Königsburg, Blankenburg a. H., Osterwieck, Neustadt a. S., Stendal, Schwenningen je 100, Nieder-Erlenbach 80, Güls 70, Hellern, Gorma, Minden, Spiegelberg, Waldheim je 50. Summa 21 650 Mk.

Zuschüsse erhielten: Essen, Barmen je 200, Stötteritz, Wurzen, Durlach je 150, Hamburg II, Speyer, Bunzlau, Greifenhagen, Neustadt b. L., Ruppurt, Bruchsal, Bürgel, Detmold, Dietzdorf, Paserwall, Neuhofen, Gürth, Kleinhausen je 100, Rempten, Förderstedt je 80, Langenberg 75, Atebelbach 70, Fribzheim, Sülzfeld, Wilhelmshausen je 60, Mannsdorf, Friesenheim, Fribzheim, Wehlheiden je 50, Prenzlau 40. Summa 2975 Mk.

**Kranfengeld** an Einzelmitglieder wurde gezahlt: 1072,57 Mk. **M. Suck,** Hauptkassierer.

konnten sich die Kollegen nicht binden, weil gar nicht voraus-  
zusehen ist, was die Zukunft bringt. Die Unternehmer, die  
bei den früheren Unterhandlungen jede tarifliche Abmachung  
ablehnten, wollten auf einmal eine dreijährige Garantie, daß  
sie mit neuen Forderungen von den Arbeitern verschont  
bleiben. Der Streik muß also jetzt weitergeführt werden.  
Die Streikenden haben auch den Ernst der Situation er-  
kannt und stehen noch so einmütig zusammen wie bei Be-  
ginn des Kampfes. Daß die Entzünfte, welche die Fabriken  
den Unternehmern abwerfen, es nicht zulassen, daß die  
Unternehmer die Forderungen der Arbeiter bewilligen, ist zu  
bezweifeln. Ein Spiegelrahmenfabrikant gab gelegentlich einer  
Schadenersatzklage gegen seine Arbeiter vor dem Gewerbe-  
gericht seinen jährlichen Verdienst auf 7000 Mk. an, wenn  
er 30 Arbeiter beschäftigt. Dies ist sein reiner Verdienst.  
Man kann leicht überschätzen, was dann die anderen Unter-  
nehmer verdienen mögen, die fünf- bis achtmal so viel Ar-  
beiter beschäftigen. Die Unternehmer zeigten sich bei den  
Einigungsverhandlungen sehr hartnäckig. Der Vorsitzende  
des Holzindustriellenverbandes erklärte, daß die Unternehmer  
einmal gezwungen sein würden, Gegenmaßnahmen zu er-  
greifen. Sie würden sich einmal genötigt sehen, 60 Stunden  
arbeiten zu lassen anstatt 57 Stunden und nur einen Teil  
der Arbeiter beschäftigen. Daß die Unternehmer so lange  
den Streik hinziehen, dürfte mit daran liegen, daß die hie-  
sige Spiegelindustrie unter der auswärtigen Konkurrenz wenig  
zu leiden hat. Die Unternehmer, die Möbel fabrizieren  
lassen, haben einen Verlust ihrer Kundschaft mehr zu be-  
fürchten als die Spiegelfabrikanten. Das einige Zusammen-  
halten der Streikenden hat die Unternehmer veranlaßt, alles  
mögliche zu probieren, um Streifbrecher zu erhalten. Die  
Arbeiter wurden brieflich aufgefordert, zu einem be-  
stimmten Tage ihre angefangene Arbeit fertig zu machen.  
In den Wohnungen wurden Streikende aufgesucht und ihnen  
weismacht, daß sie von ihren Führern angelogen wurden usw.  
Durch große Zeitungsinserate wurden allerhand Arbeiter ge-  
sucht. Bis jetzt haben aber die Bemühungen der Unternehmer  
nichts genutzt. Einzelne Möbelfabrikanten versuchen ihre  
Arbeit von auswärts zu erhalten, worauf die auswärtigen  
Kollegen besonders aufmerksam sein mögen. Für die Ar-  
beiterbewegung von großer Bedeutung sind die Urteile, welche  
das Gewerbegericht während des Streiks fällt. Die Unter-  
nehmer haben in ihrer Versammlung beschlossen, die Arbeiter  
wegen Kontraktbruchs zu verklagen. Sie machten vor dem  
Gewerbegericht geltend, daß ihnen ein Schaden entstanden sei,  
weil es ihnen die Arbeiter nicht mitteilten, daß sie in den  
Streik eintreten. Das Gewerbegericht stellte sich auf den  
Standpunkt, wenn auch Kündigungsfrist ausgeschlossen ist,  
so hätten es die Arbeiter Samstag abends ihren Unter-  
nehmern sagen sollen, daß sie Montag früh nicht mehr zur  
Arbeit kommen. Da dies nicht gesagt wurde, ist den Unter-  
nehmern ein Schaden entstanden, weil sie ihre Maschinen usw.  
in Betrieb setzten. Der Vertreter der Arbeiter machte geltend,  
daß es die Unternehmer hätten wissen müssen, daß der Streik  
ausbricht, wenn sie die Forderungen der Arbeiter nicht be-  
willigen. Dem Vorstand der Holzindustriellen, der die erste  
Klage anhängig machte, wurde vor Ausbruch des Streiks  
gesagt, daß die Geschichte ihren Lauf nimmt, wenn eine  
Einigung in Güte nicht erzielt wird. Der Beschluß, in den  
Streik einzutreten, wurde in einer allgemeinen Holzarbeiter-  
versammlung gefaßt. Die Unternehmer haben davon auch  
Kenntnis erhalten. Wenn sie dennoch ihre Maschinen in  
Betrieb setzten, ist es ein selbstverschuldeter Schaden. Auch  
der Beweis, daß die Unternehmer ihren Schaden zum größten  
Teil von ihrem Verband durch Unterstützung ersetzt erhalten,  
veranlaßt das Gewerbegericht nicht, von einer Verurteilung  
Abstand zu nehmen. Das Gewerbegericht sprach aus, wenn  
es die Unternehmer auch hätten wissen können, so hätte ihnen  
doch direkt mitgeteilt werden sollen, daß die Arbeiter in den  
Ausstand treten. Dies ist nicht geschehen, mithin mußten die  
Arbeiter verurteilt werden. Im ersten Falle wurden 250 Mk.  
Schadenersatz ausgesprochen, im zweiten Falle zweieinhalb-  
mal der durchschnittliche Tagelohn als Schadenersatz. Es  
dürfte wohl selten vorkommen, daß derartige Urteile gefällt  
werden. Doch wird das Urteil des Gewerbegerichts nicht  
vereinzelt bleiben, weshalb besondere Aufmerksamkeit  
bei Arbeitsniederlegungen empfohlen ist.

**Zu Geesthacht** befinden sich die Rohmacher der Firma  
Ahrens seit einiger Zeit im Streik, und hatten Versuche  
seitens des Gewerkschafts, mit Ahrens eine Einigung herbei-  
zuführen, nicht genügenden Erfolg. Wenn auch die Zu-  
geständnisse in der Lohnfrage befriedigend waren, so konnte  
bei der Einstellung der Streikenden mit Recht vorausgesetzt  
werden, daß die Maßregelung keine Grenzen hat. Es wurde  
deshalb einstimmig beschlossen, die Arbeit unter den Beding-  
ungen nicht aufzunehmen. Da Ahrens in Hamburg eben-  
falls Rohmacher beschäftigt, haben sich dieselben solidarisch  
erklärt und am 29. September, zwölf an der Zahl, die Arbeit  
eingestellt, und ist es Pflicht jedes Kollegen, bei Ahrens  
nicht in Arbeit zu treten. Es ist vorauszusetzen, daß  
Ahrens versuchen wird, Geschöpfkürbe in anderen Orten  
machen zu lassen, und werden die Kollegen gebeten, vor-  
kommendenfalls dieses an den Sektionsführer A. Brauer,  
Hamburg, Sägerplatz 9 part., zu melden, welcher un-  
verzüglich das Weitere veranlassen wird.

**Zu Hamburg** ist der Streik der Stoccarbeiter seitens  
der Streikleitung und der Ortsverwaltung unter einstimmiger  
Zustimmung der streikenden Kollegen am 12. September für  
beendet erklärt worden. Der Schirmfabrikant Herr Pardo  
hatte, da die Stocckfabrikanten für die Arbeiter nicht zugäng-  
lich waren, die Vermittlerrolle zwischen Arbeitgeber und  
Arbeitnehmer übernommen und die Herren zu einer Sitzung  
veranlaßt. In dieser Sitzung haben sich die Herren bereit  
erklärt, den achteinhalbstündigen Arbeitstag, den fruchtigsten  
Punkt unter den gestellten Forderungen, ab 1. März 1908  
zur Einführung zu bringen. Da die Streikenden das Haupt-  
gewicht auf die Verkürzung der Arbeitszeit von vornherein  
gelegt hatten, die übrigen, an sich sehr minimalen Forde-  
rungen einen längeren Kampf nicht gerechtfertigt erscheinen  
ließen, wurde auf Anraten der Streikleitung und des Vor-  
sitzenden der Verwaltung der Streik einstimmig für beendet  
erklärt und die Kollegen aufgefordert, die Arbeit wieder  
aufzunehmen. Ein großer Teil der Kollegen konnte jedoch,  
da die Vorarbeiten erst fertiggestellt werden mußten, nicht  
sofort an ihre Plätze zurückkehren, so daß ihre Einstellung  
erst nach und nach erfolgen konnte. Dabei stellte sich leider  
heraus, daß einige der Herren Arbeitgeber es sich nicht ver-

sagen konnten, für den entgangenen nicht unbeträchtlichen  
Gewinn Rache an einigen Kollegen zu nehmen. Ein der  
Streikführer sollten gemäßigter werden. Auf die Firma  
H. Grotte entfallen 2, auf Herrn Aug. Benning, den  
vernünftigsten Stocckfabrikanten Hamburgs, 5 und  
auf die Firma H. Holz, der erklärte, den Charakter der zu  
Maßregelnden kennen gelernt zu haben (sich), 4 Kollegen.  
In 6 Werkstellen haben die Kollegen bis auf die Gemäß-  
regelnden die Arbeit wieder aufgenommen, dagegen haben die  
Kollegen der Firma Holz erklärt, unter diesen Umständen  
auf die Arbeit des Herrn Holz zu verzichten, und zwar so  
lange, bis Herr Holz sich eines Besseren besonnen hat. Es  
ist daher über die Fabrik dieses Herrn die Sperre verhängt  
worden. Es ist uns nun trotzdem und alledem gelungen,  
die Kollegen bis auf 6 Mann anderwärts unterzubringen.  
Und wenn die organisierten Kollegen dafür sorgen, daß der  
Zugang nach Hamburg noch weiterhin ferngehalten wird, so  
werden wir auch diese Kollegen noch unterzubringen in der  
Lage sein. Wir ersuchen daher die Kollegen, Hamburg  
noch zu meiden, gegebenenfalls sich aber erst an die hiesige  
Verwaltung zu wenden und dort Erkundigungen einzuholen,  
bevor sie auf ein Angebot eines Arbeitgebers eingehen.

**Zu Hartha** ist der Streik bei der Firma Penikowsky  
zugunsten der Arbeiter beendet. Auch sind die Differenzen  
bei der Firma Faust zur Zufriedenheit erledigt. Die Sperre  
über beide Betriebe ist aufgehoben.

**Zu Holzminnen** sind bei der Firma Abbe & Co.,  
Riemenscheibefabrik, innerhalb der letzten zwei Jahre  
den Holzarbeitern nach und nach bis 40 Prozent Akkordlohn-  
abzüge gemacht worden, und jetzt werden wiederum 15 bis  
20 Prozent Abzug angekündigt. Um die Arbeiter gefügiger  
zu machen, werden die Kollegen, welche nicht gleich zu allem  
ja sagen, entlassen. So wurden auch jetzt wieder sechs organ-  
sisierte und mehrere Jahre dort beschäftigte Kollegen wegen  
angeblichem Arbeitsmangel entlassen. Da aber die Firma  
gleichzeitig in auswärtigen Blättern Arbeitskräfte sucht, ist  
bewiesen, daß dieselbe nur gefügige und billige Arbeiter  
haben will. Die auswärtigen Kollegen werden gebeten, da-  
für zu sorgen, daß dieser Betrieb nicht überlaufen wird.

**Zu Magdeburg** dauert der Streik der Abpuher und  
Polierer bei der Firma Mundlos & Co., Nähmaschinen-  
fabrik, noch immer an. Trotzdem daß die Lieferungen jetzt  
bei der beginnenden Saison durch den Streik aufs äußerste  
in Frage gestellt sind, versucht es die Firma doch noch immer  
mit allerhand Mitteln, sich uns Nachgeben heranzubringen.  
In Magdeburg selber hat sie draußen an der Reichbild-  
grenze einen ehrbaren Meister erwirbt, der ihr angeblich  
tausend Platten abruppen versprochen hat. Er selber hat  
zwar sein Lebtage noch kein Furnier unterm Hobel ge-  
habt, sucht aber dafür nun ebenfalls Hauszeiger. Da das  
Kraut aber in Magdeburg seit geraumer Zeit nicht mehr  
wächst, so wird auch dieser ehrliche Meister seine reellen  
Absichten aufstecken müssen. Auch nach auswärts wendet  
sich die Firma um Netter in der Not, so hat sie am 29. Sep-  
tember je eine Musterplatte um Kästen nach Kaiserlautern  
geschickt, ohne Frage zu dem Zwecke, um danach von dort  
Streitarbeit angefertigt zu erhalten. Wir ersuchen des-  
wegen dringend alle Kollegen, sowohl den Arbeits-  
als auch sonstigen Angeboten der Firma Mundlos  
& Co. die gebührende Beachtung zu schenken.

**Zu Nordhausen** sind die Differenzen bei W. G. Köhler  
beigelegt. Der Inhaber der Firma, Herr Jacher, bewilligte  
die Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden im Sommer  
und 9 1/4 Stunden im Winter, also um eine Viertelstunde  
täglich; für Überstunden sollen, soweit durch sie die normale  
Arbeitszeit überschritten wird, 10 Pf. extra bezahlt werden.  
Das gemachte Zugeständnis befriedigte zwar unsere Kollegen  
nicht vollständig, doch wurde nach eingehender Debatte mit  
Zweidrittelmehrheit beschlossen, das Angebot anzunehmen.  
Die Aufbesserungen betragen auf einzelne Artikel 3 bis  
20 Prozent, doch ist dabei zu berücksichtigen, daß die größeren  
Aufbesserungen den wenig gangbaren Artikeln zugute kamen,  
während für die mit gefertigten wenig oder nichts abfiel.  
Der Umfang der Aufbesserung dürfte im Durchschnitt etwa  
5 Prozent betragen. Bei der Annahme dieses Angebots  
ließen sich die Kollegen von dem Gedanken leiten, daß zwar  
noch viele Wünsche unerfüllt geblieben, daß aber das Zu-  
gestandene ohne besondere persönliche Opfer der Kollegen  
erreicht wurde. Schließlich werden die Verhältnisse in der  
Jacher'schen Fabrik von dem Verhalten unserer Kollegen ab-  
hängig sein. Es gibt tausend Mittel und Wege, um die  
Zugeständnisse illusorisch zu machen. Aber alle Versuche  
werden abfallen, wenn die Kollegen im Holzarbeiterverband  
eine eintige geschlossene Masse darstellen.

**Zu Offenbach** sind die Differenzen bei der Firma Collet  
& Engelhardt beigelegt. Die Firma hat die Forderungen  
unserer Kollegen in der Hauptsache bewilligt.

**Aus Dänemark.** Zum Modelltischlerstreik in Däne-  
mark berichtet der Vorstand des Dänischen Tischlerverbandes  
an den Sekretär der Internationalen Union, daß die Firma  
Lange & Co. in Svendborg bereits nach Berlin Zeichnungen  
gesandt habe, um die Modelle dort anfertigen zu lassen.  
Wir machen die Berliner Modelltischler hierauf  
aufmerksam.

Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß in der Pianofabrik  
Hornung & Möller in Kopenhagen aus Anlaß einer  
partiellen Aussperrung ein Streik ausgebrochen ist, an welchem  
60 Klaviermacher beteiligt sind. Es handelt sich darum, daß  
der kürzlich mit dem Fabrikantenverein vereinbarte Lohn-  
tarif auch von dieser Firma respektiert werden soll.

Ein Streik der Mühlenbauer ist auf den Vereinigten  
Dampfmühlen (Aktiengesellschaft) in Kopenhagen aus-  
gebrochen, weil die Direktion die Arbeitszeit auf 10 1/2 Stunden  
verlängern und den Lohn herabsetzen wollte. Dem Ver-  
nehmen nach sollen in Leipzig und Dresden arbeitswillige  
Mühlenbauer nach Kopenhagen engagiert worden sein. Wenn  
wir auch nicht annehmen können, daß diese Vermutung richtig  
ist, so wollen wir die deutschen Kollegen doch auf diesen  
Streik aufmerksam machen; sie werden dann ihre Pflicht zu  
tun wissen.

### Aus den Berufen der Holzbranche.

#### Der „Christliche Arbeitererrat“ in Cöln.

Die „Rheinische Zeitung“ veröffentlicht folgenden Brief des  
Cölnler Lokalbeamten des Christlichen Holzarbeiterverbandes  
an einen Holzarbeiter in Guskirchen.

Cöln, den 18. Sept. 08.

Werter Kollege!

Es wurde mir mitgeteilt, daß Du evtl. geneigt seiest,  
hier in Cöln als Maschinenschreiner in Arbeit zu treten.  
In verschiedenen Werkstellen werden hier tüchtige Maschin-  
schreiner gesucht. Der Lohn beträgt 5,00—5,50 Mk. Am  
besten ist es, Du wendest Dich an den Arbeitsnachweis  
unseres Verbandes, Cöln, Palmstr. Nr. 14, wo Dir sofort  
Arbeit angewiesen wird. Bekannt wird Dir sein, daß der  
sozialdemokratische Verband sich hier im Streik befindet.  
Da aber der Streik ohne unsere Zustimmung inszeniert  
wurde, haben wir keine Veranlassung, denselben mit-  
zumachen, vielmehr sehen wir denselben als für uns nicht  
erzitternd an.

Auf diesbezgl. Antwort wartend, zeichnet mit freud. Gruß  
für den Christl. Holzarbeiterverband, Zahlstelle Cöln  
Wilh. Heimüller,

Adr. Palmstr. Nr. 14.

Dieser Brief ist von unschätzbarem Werte für die Ge-  
sundheit des Cölnler christlichen Arbeitererrats. Er dreht  
allen Lügen, mit denen die Streikführer ihre feige Lat  
zu beschönigen versucht haben, den Hals ab. In dem Briefe  
ist es mit nackten Worten urkundlich festgelegt, daß der  
Cölnler Arbeitererrat nur deshalb begangen wurde, weil  
der Deutsche Holzarbeiterverband mit seinen mehr als  
anderthalbtausend Stimmen sich nicht dem Willen der 135  
christlichen Mitglieder fügte, die gegen den Streik gestimmt  
haben.

**Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie.** Nach dem  
„Reichsarbeitsblatt“ lagen die Verhältnisse in der Holz-  
industrie im Monat August ähnlich günstig wie im Vor-  
monat. Für die Berliner Möbelindustrie zeigten sich,  
infolge zahlreich eingegangener Aufträge, die besten Aus-  
sichten für ein flottendes Herbstgeschäft. Die Pinsel- und  
Bürstenfabrikation hatte keine Verschlechterung gegen  
den Vormonat zu verzeichnen, es lagen noch reichliche Auf-  
träge vor. In Baden war der Arbeitsmangel noch nicht  
völlig behoben. Aus der Sonneberger Spielwaren-  
industrie wurde gemeldet, daß die Umsätze etwas geringer  
wären als im gleichen Monat des Vorjahres, da England  
und seine Kolonien sich als wenig aufnahmefähig erwiesen.  
An weiblichen Arbeitskräften war noch immer Mangel vor-  
handen. Unverändert gut war die Beschäftigung der  
Waggonbauanstalten, welche seit Monaten durch reich-  
liche Aufträge unter anderen der preussisch-hessischen Eisen-  
bahndirektionen flotten Betrieb verzeichnen, ohne durch  
nennenswerte Zwischenfälle seitens der Arbeiter in der Er-  
ledigung ihrer Aufgabe gehindert zu werden (!!). Nur in  
Süddeutschland kam es zu partiellen Arbeitsausständen, die  
in der Regel nach kurzer Zeit erfolglos wieder aufgegeben  
wurden.

**Der Verband der Würsten- und Pinselmacher Deutsch-  
lands** (Kriegsbedingte Organisation) hält seinen zweiten  
Verbandsstag am 26. und 27. Dezember 1908 in Berlin ab.

**Im Gewerksverein der Tischler** (Giesch-Dücker) ist  
durch Urabstimmung mit 2245 gegen 314 Stimmen Er-  
höhung des Wochenbeitrags von 20 auf 25 Pf. beschlossen  
worden.

### Gewerkschaftliches.

#### Partei und Gewerkschaften.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei richtet in  
dem Aufsatz, in dem er seine Konstituierung anzeigt, folgende  
beherzigenswerte Mahnung an die Parteigenossen:

„Die gewerkschaftlichen Organisationen, die die Aufgabe  
haben, die Lage der Arbeiterklasse auf dem Boden der be-  
stehenden Wirtschaftsordnung nach jeder Richtung zu heben  
und zu verbessern und andererseits ungehörige Zumutungen  
der Unternehmer an die Arbeiter zurückzuweisen, sind eine  
unbedingte Notwendigkeit in der bestehenden sozialen Ord-  
nung.“

Diese Organisationen erfüllen in um so vollkommenerem  
Maße ihren Zweck, je größer die Zahl der Arbeiter ist, die  
in einem bestimmten Berufe ihrer Gewerkschaftsorganisation  
angehören. Sind sämtliche in einem bestimmten Berufe vor-  
handenen Arbeiter in ihrer Gewerkschaft organisiert, so hat  
dieselbe das Ideal einer Gewerkschaftsorganisation erreicht.

Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, wie es in der  
vom Genauer Parteitag über den politischen Massenstreik an-  
genommenen Resolution heißt, für dessen Beruf eine Gewerk-  
schaftsorganisation vorhanden ist oder gegründet werden  
kann, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der  
Gewerkschaften zu unterstützen.

Das Letztere ist selbstverständlich auch Aufgabe der Partei-  
presse, die dort, wo sie kritisch gegen Vorgänge in einer Ge-  
werkschaft auftritt, nie vergessen möge, welche Aufgabe sie  
als Arbeiterpresse den Gewerkschaften gegenüber zu erfüllen  
hat.“

**Gewerkschaften und Genossenschaften.** Im Hamburger  
Gewerkschaftsartell wurde jüngst über das Verhältnis zwischen  
Gewerkschaften und Genossenschaften verhandelt, wobei der  
auf dem Cölnler Gewerkschaftscongreß behandelte Streit  
zwischen der Hamburger Genossenschaft „Produktion“ und  
einer Gewerkschaft über die Herstellung von Arbeiten für die  
Genossenschaft die Hauptfrage bildete. Die Verhandlungen  
endeten mit Annahme der folgenden Resolution:

„Die Kartellversammlung hält es im Interesse der hie-  
sigen Arbeiterbewegung für angebracht, daß die Genossen-  
schaften ihre Arbeiten, soweit die Möglichkeit vorhanden

und die Konkurrenz es irgend zuläßt, hier am Platze herstellen lassen.

Sie spricht diesen Wunsch aus, weil das Gewerkschaftskartell die genossenschaftlichen Bestrebungen stets unterstützt und gefördert hat, und insbesondere durch sein Verhältnis zur „Produktion“ ein ganz besonderes Interesse an deren Gelingen hat.

Sie erblickt in der Herstellung der für die „Produktion“ benötigten Arbeiten hier am Platze ein Werbemittel von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Aus diesen Gründen empfiehlt die Kartellversammlung den Genossenschaften, bei eventueller Vergabe von Arbeiten mit den in Betracht kommenden Gewerkschaften sich vorher ins Einvernehmen zu setzen. Kommt es in solchem Falle zwischen den beteiligten Körperschaften zu Differenzen, ohne daß ein Ausgleich gefunden wird, so wird den Parteien empfohlen, die Vermittlung der Kartellkommission anzufragen.

Keinesfalls sollten aber solche Differenzen zum Gegenstand einer öffentlichen Verammlungs- oder Preßberichterstattung gemacht werden, bevor nicht eine Schlichtung der Differenzen durch die Kartellkommission versucht worden ist.

**Aussperrungen.** Die Aussperrung in der Berliner Elektroindustrie hat größere Dimensionen angenommen. Die aussperrenden Firmen hatten den Arbeitern ein Ultimatum gestellt, entweder Wiederaufnahme der Arbeit durch die streikenden Lagerarbeiter und Schraubendreher unter Zubilligung einer geringen Lohnerhöhung oder Aussperrung von weiteren 20000 zu den ohnedies schon ausgesperrten 8500 Arbeitern. Die streikenden Arbeiter haben das Lohnangebot der Firmen abgelehnt, worauf am 30. September die angeordnete Aussperrung von weiteren 20000 Arbeitern erfolgte, und das, obwohl von den Gewerkschaften mittlerweile erneut Unterhandlungen angebahnt worden waren. Die Gewerkschaften haben nunmehr beschlossen, die sämtlichen Betriebe der Berliner Elektroindustrie still zu setzen, um den scharfmacherischen Geklüften der Elektroindustriellen ein Ziel zu setzen. Ansehend wird es diesmal in Berlin zu einem erbitterten Kampfe kommen. — Die Aussperrung auf der West der Aktiengesellschaft „Weser“ in Bremen ist nicht perfekt geworden, da es mittlerweile gelungen ist, die Differenzen der Gesellschaft mit den Modellischlern zu einem für die Arbeiter günstigen Ende zu führen.

**Das bayerische Kriegsministerium und Tarifverträge.** Bekanntlich wurde am 19. Juli d. J. in Freising ein für sämtliche Schreinerereien gültiger Tarifvertrag abgeschlossen. Trotzdem die Meister Frischhut, Schäffler und Staffler den Tarif unterschrieben, glaubten sie, bei Ausführung der Kasernenarbeit denselben umgehen zu können, worauf seitens unseres Gauvorstehers, Kollegen Raith, unterm 25. August beim Kriegsministerium hiergegen Beschwerde erhoben wurde. Letzteres leitete eine genaue Untersuchung ein und machte den Meistern wegen ihres Tarifbruchs Vorhalt, und nur gegen ihre protokolllarische Zusicherung, in Zukunft den Tarif genau einzuhalten, entgingen diese Herren Meister der Entziehung der Kasernenarbeiten. Kollege Raith wurde seitens des Kriegsministeriums von diesem Ausgang seiner Beschwerde verständigt.

**Für reisende Gewerkschaftsmitglieder** ist das Wandern in Bayern eine riskante Sache, da sie leicht in Gefahr kommen können, von dem ersten besten Gendarmen wegen Landstreicherei eingesperrt zu werden. Dies mußten zwei reisende Buchdrucker erfahren, die in dem oberpfälzischen Dorfe Kemnath von einem Gendarmen wegen Landstreicherei festgenommen und ins Gefängnis nach Neumburg v. W. transportiert wurden, wo man sie acht Tage lang festhielt. Sie sind zwar schon längere Zeit konditionslos, konnten aber sofort durch ihre Mitgliedsbücher nachweisen, daß sie als Mitglieder des Buchdruckerverbandes Unterstützung beziehen und noch lange bezugsberechtigt sind. Der Amtsrichter beachtete diesen Einwand nicht und ließ sie erst nach acht Tagen frei, nachdem der Münchener Gauvorstand der Buchdrucker interveniert und die Mitgliedschaft der beiden bestätigt hatte. Das Mitgliedsbuch hat man anscheinend nicht als beweiskräftig genug angesehen. Der Herr Gendarm scheint auch nicht ganz glimpflich mit ihnen umgegangen zu sein, denn nach zehn Tagen noch sah man an ihren Armen die Spuren der Schließkette.

**Der Vorstand des Buchbinderverbandes** veranstaltete unter den Mitgliedern des Zentralvereins der Bildhauer ein Preiswettbewerb zu Entwürfen für ein Verbandsplakat.

**Der Verbandstag des Fleischerverbandes**, welcher vom 3. bis 5. September in Leipzig stattfand, beschloß die Einführung eines Streikreglements. Mit dem System der Sammelkassen soll gebrochen und nur den Mitgliedern volle Unterstützung gewährt werden, welche 26 Wochenbeiträge gezahlt haben. Der Beitrag wurde auf 35 Pf. wöchentlich erhöht und die Karenzzeit für den Bezug von Krankenunterstützung auf drei Tage herabgesetzt. Dagegen wurde ein Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung abgelehnt. Schließlich wurde noch die Anstellung eines zweiten besoldeten Beamten beschlossen. — Der Sitz des Verbandes bleibt in Berlin.

**Der Glaserverband** erhebt auf fünf Wochen einen Extrabeitrag von 20 Pf.

**Im Handbinderverband** findet demnächst per Urabstimmung die Neuwahl der Vorsitzenden statt. Der Verband hält seine Generalversammlungen nicht regelmäßig, sondern nach Bedarf ab. Daher dieser in keiner anderen deutschen Gewerkschaft zu findende Wahlmodus.

**Der Lederarbeiterverband** erhebt laut eines Beschlusses seines Hauptvorstandes ab 1. Oktober eine obligatorische Extrabeitrag von 15 Pf. pro Woche.

**Im Schmiedeverband** haben Vorstand, Gauvorsteher und Verbandsausschuß beschlossen, den jetzigen 30 Pf.-Wochenbeitrag auf 35 Pf. zu erhöhen.

**„Der Fachgenosse“**, das Verbandsorgan des Glasarbeiterverbandes, feierte am 1. Oktober das Jubiläum seines zwanzigjährigen Bestehens. Er wurde von dem Genossen Horn zu einer Zeit gegründet, als die Organisation der Glasarbeiter noch ganz danielverlag.

**Zentralkommission für Bauarbeiterbesch.** Die Adresse des Sekretariats der Zentralkommission für Bauarbeiterbesch. ist von jetzt ab „G. Heinke, Hamburg 7, Besenbinderhof 56 II.“

**Gewerkschaftskartelle** der freien Gewerkschaften gab es Ende August laut einer Zusammenstellung des „Correspondenzblattes“ 490, gegen 464 im Januar d. J.

**Das Leipziger Gewerkschaftskartell** hat beschlossen, die zu gründende Fürsorgekette für krankenkrante Arbeiter mit einem jährlichen Beitrag von circa 1000 Mk. zu unterstützen.

**Christliche Gewerkschaftskartelle.** Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ veröffentlicht die Liste von 108 christlichen Gewerkschaftskartellen (gegenüber 55 im vorjährigen Verzeichnis). Die Zahl der christlichen Ortskartelle hat sich also nahezu verdoppelt. Wenn auch nicht wenige dieser Kartelle von sehr geringem Umfang sein und sich auf die Einsetzung eines örtlichen Vertrauensmannes beschränken mögen, so darf der Wert dieser systematischen Organisationsarbeit unserer Gegner doch nicht unterschätzt werden. In 23 Orten bestehen christliche Kartelle, wo es noch an jedem Zusammenwirken unserer Gewerkschaften fehlt, nämlich in Ahlen, Amnen, Barop, Benrather, Bocholt, Borbeck, Cuxen, Fulda, Geldern, Greven, Gr.-Steinheim, Kavelaer, Kleve, Nieheim, Neuß, Osternburg, Paderborn, Rees, Rheine, Rheyd, Stolberg, Werden und Würfelern. Die Fortschritte der christlichen Agitation müssen unseren Genossen ein Ansporn sein, auch ihrerseits in der Agitationsarbeit nicht zu erlahmen.

**Ein Wirklicher Geheimer Rat als Gewerkschaftsagitator** ist in Deutschland keine alltägliche Erscheinung. Es ist daher der Erwähnung wert, daß ein Inhaber dieses Titels im evangelischen Arbeiterverein in Cassel einen Vortrag hielt. Nach merkwürdiger Art ist es, daß dieser Redner, nämlich der Wirkliche Geheimer Rat Rothe, der Ansicht Ausdruck gab, daß die Arbeiterkämpfe grundsätzlich berechtigt sind, und daß er den christlichen Gewerkschaften nachräumte, daß sie im Kampfe um die Verbesserung ihrer Lage auch zum schärfsten Mittel, zum Streik greifen. Von den freien Gewerkschaften will Erzellenz Rothe natürlich nichts wissen, obwohl er bei der Agitation für die christlichen Gewerkschaften gerade auf die Momente den höchsten Nachdruck legt, welche für die freien Gewerkschaften in erster Linie in Betracht kommen.

Die christlichen Gewerkschaften in Cassel setzen auf die Zugkraft ihres neuen Agitators große Hoffnungen. Vermünftige Arbeiter werden sich aber auch von einem Wirklichen Geheimen Rat nicht für die christlichen Gewerkschaften einfangen lassen, wenn sie wissen, in welcher Weise der Christliche Solgarbeiterverband in Köln unter dem Beifall der christlichen Presse den Streikbruch systematisch organisiert hat.

Der Umstand, daß sogar ein hoher Regierungsbeamter sich Mühe gibt, die Arbeiterbewegung zu zerplündern, sollte auch diejenigen Arbeiter, welche der Gewerkschaftsbewegung noch gleichgültig gegenüberstehen, darüber aufklären, wohin sie gehören.

**Das Klagegeld eines Unorganisierten.** Ein Parteigenosse in Köln erhielt von seinem Schwager in München, einem ausgesperrten Metallarbeiter, einen Brief, der für die Psychologie der Unorganisierten geradezu typisch ist. Es heißt darin: „Du weißt, wie ich voriges Jahr zu Dir sagte, daß er (der Fabrikant) nur Organisierte hinauswirft. Darum hielt ich mich immer zurück. Jetzt hat sich der Schuft eines anderen besonnen und wirft uns sämtlich hinaus, natürlich mit dem Unterschied, daß die anderen eine Unterstützung bekommen und ich keine, weil ich seinen Worten zu viel Glauben schenkte. Das habe ich nach achteinhalb Jahren von diesen Schuften. Wie lange diese Aussperrung dauern wird, wissen wir nicht, denn die Prinzipale sind sehr eigenfönnig; aber von was leben und Zins zahlen?“ — Der Brief schließt mit der Bitte, dem Schreiber während der am kommenden Sonnabend beginnenden Aussperrung eine kleine Unterstützung zu gewähren. Das Geschick, das diesen Nichtorganisierten traf, ist das, was er verdient und selbst gewollt hat. Trotz seiner Kürze kann der Brief beinahe ein wirksames Flugblatt ersehen. Wir veröffentlichen ihn zu Nutz und Frommen aller, die sich bisher vor der Beitrittspflicht zu ihrer Gewerkschaft vorbeigedrückt haben.

Der **musische Gewerkschaftsbund**, der seine diesjährige Tagung in Garmisch hielt, war von 458 Delegierten besucht. Die 24 Landesverbände mit insgesamt 1561800 Mitgliedern vertraten. Dieses Mal waren auch wieder der Maschinenbauerverband und der Verband der Durham-Bergleute vertreten, die sich eine Reihe von Jahren den Kongressen ferngehalten hatten. Unter den Delegierten waren sechs Parlamentsmitglieder, das Arbeitsamt war durch John Burnett vertreten. Die Eröffnungsrede hielt Sexton (Hafenarbeiter von Liverpool), der die Befriedigung des internationalen Proletariats über den Friedensschluß zwischen Rußland und Japan zum Ausdruck brachte. — Hierauf wurde der Bericht des parlamentarischen Komitees gegeben. Dieser befaßt sich in ausführlicher Weise mit dem gegenwärtigen Stande der englischen Arbeiterschutzgesetzgebung: Arbeitslosen-, Unfallversicherungsgesetz, besonders aber mit dem Entwurf, betreffend die rechtliche Stellung der Trade Unions. Letzterer ist nach der zweiten Lesung durch die Parlamentskommission depar verschlechtert, daß die Gewerkschaften gegen die Annahme in dieser Fassung im Interesse ihrer Existenz auf das lebhafteste protestieren müssen. Auch die Notwendigkeit des Zusammenchlusses aller Arbeiter zur Abwehr der Angriffe auf die Gewerkschaften, die Vermehrung der Macht der Arbeitervertreter im Parlament wird betont, und Sexton hatte schon in seiner Begrüßungsrede erklärt, daß nur die politisch unabhängige Arbeitervertretung der Arbeiterbewegung Hilfe bringen könne.

### Eingefandt.

**Zur Stellmacherkonferenz in Halle a. S.**

Den Delegierten zur Kenntnis, daß am Sonntag den 15. Oktober, von morgens 7 Uhr an, ein Empfangskomitee am Bahnhof anwesend sein wird. Als Erkennungszeichen gilt rot-weiße Rosette. Diejenigen Delegierten, welche schon Sonnabend hier eintreffen wollen oder besondere Wünsche in bezug auf Logis usw. haben, werden gebeten, dieses dem Unterzeichneten baldigst mitzuteilen.

Die Konferenz tagt im Gasthaus Zum Weißen Roß, Geißestraße 5, nicht Christophstraße, wie in letzter Nummer irrtümlich angegeben ist.

Max Schnabel,

Halle a. S., Liebenauerstraße 11 III.

### Zur Stellmacherkonferenz

haben auch die Dresdener Kollegen Stellung genommen. Sie sind der Hoffnung, daß dort auch darüber beraten wird, wie die Agitation auf dem Lande und in den kleinen Städten am besten und erfolgreichsten betrieben wird. Durch diese Orte wird es den Kollegen in den Großstädten immer mehr erschwert, vorwärts zu kommen. Es kommt nämlich sehr viel Arbeit in die Großstädte zu solch billigen Preisen, daß man fragen möchte, was ist bezahlt, Arbeitslohn oder Holz? Deshalb haben die Dresdener Kollegen folgende Anträge zur Konferenz gestellt: 1. Der Hauptvorstand wird beauftragt, die Gauvorstände anzuweisen, daß dieselben die Mittel zur Agitation außerhalb der Zahlstelle zu bewilligen haben. 2. Die „Solgarbeiter-Zeitung“ in den Still auszubauen, wie die „Wagenbauer-Zeitung“ war. 3. Abschaffung der Akkordarbeit und Einführung eines einheitlichen Lohnes nach Lage der Gegend. 4. Eine Agitationskommission zu wählen als Mittelinstanz zwischen Mitglieder und Hauptvorstand. 5. Den Hauptvorstand zu beauftragen, eine Agitationsbroschüre herauszugeben.

R. Storch, Dresden.

### Literarisches.

„**Neue Gesellschaft**“, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W 36. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Mk.). Heft 17 bis 26.

Diese billige und gute Zeitschrift, die sich eingehend mit der Gewerkschaftsbewegung beschäftigt, sollte von allen Gewerkschaftlern abonniert werden.

**Dr. Georg Gradnauer, Das Ende des Strafvollzugs.** Berlin 1905, Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Preis 50 Pf. Durch alle Parteibuchhandlungen zu beziehen. In Anknüpfung an das Ergebnis des „Blöhensee-Prozesses“ behandelt der Verfasser einige der wichtigsten Fragen des Strafvollzugs. Es sind dargestellt:

Das Strafrecht der besitzenden Klassen. — Aus der Geschichte des Strafvollzugs. — Der Strafvollzug der Rache. — Die Erfolglosigkeit des Strafvollzugs. — Die Disziplinarstrafen. — Krankheit und Krankenfürsorge. — Geisteskrante und Minderwertige im Strafvollzug. — Neue Wege.

Die Probleme des Strafvollzugs sind in neuerer Zeit auf die politische Tagesordnung gestellt und dürfen nicht wieder von ihr verschwinden. Die Verbesserung der unseligen Zustände, die im Strafvollzug herrschen, zu finden, ist die Aufgabe der hier vorliegenden Schrift.

### Briefkasten.

**Nach Posen.** Die ehrbaren Christen entwickeln in der letzten Zeit eine solche Produktivität im Erfinden von Schauer geschichten, die den Blick von dem in Köln verübten Veratt ablenken sollen, daß es unmöglich ist, jede einzelne Lüge als solche aufzudecken. Der Fall, den Sie karstellten, ist ja besonders drastisch, wir müssen aber auf den Abdruck Ihrer umfangreichen Einsendung verzichten, da uns der knappe Raum zwingt, uns bei der Besprechung von derartigen Vorgängen, welche nicht die Holzindustrie direkt berühren, die größte Reserve aufzuerlegen.

**Dresden. R. St.** Ihren Wunsch, das ganze umfangreiche Schriftstück in der „nächsten Nummer“ abdruckend, konnten wir nicht erfüllen. Wenn wir auch als Wochenschrift in bezug auf Schnelligkeit der Berichterstattung nicht mit der Tagespresse konkurrieren können, so sollte man uns doch nicht zumuten, in der Nummer vom 7. Oktober den Bericht über eine Lohnbewegung zu bringen, welche am 22. Mat abgeschlossen war. Damit hätten Sie ein paar Tage früher kommen müssen. Außerdem ist es auch unbillig, beiderseitig beschriebenes Papier als Manuskript an die Zeitung zu senden; dieser Mangel wird auch nicht dadurch kompensiert, daß der Zuchrist der Zahlstellenstempel fehlt.

**Stuttgart. J. Sp.** Dein Eingefandt ist zum Abdruck in der „Solgarbeiter-Zeitung“ nicht geeignet.

**Erfurt. S. P.** Wir denken, Deine gegen die Äußerung des Kollegen Stubbbe auf dem Jenaer Parteitag gerichtete Erklärung erübrigt sich, nachdem der Hauptvorstand in dieser Nummer zu der Angelegenheit Stellung nimmt.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(G. S. 3 in Hamburg).

Überschüsse fanden ein in der Zeit vom 8. bis 28. September: Berlin G 2400 Mk., Karlsruhe, Nürnberg je 1000, Berlin B, Chemnitz je 800, Weihenstep 600, Berlin A, Berlin F, Neu-Nienburg je 500, Breslau, Augsburg, Görde, Niddorf, Dresden-N. je 400, Charlottenburg, Lichtenberg je 350, Griesheim, Raff, Deub, Köln I, Wilmersdorf, Abbtai je 300, Dietesheim, Wiesbaden, Coblenz je 250, Altenburg, Neustrelitz, Friedrichsfelde, Heideberg, Bamberg, Reiz, Wohlis, Gaarden, Frankenthal, Mariendorf, Pirna, Neue Neustadt, Schweinau, Lambrecht, Mundenheim, Mühlberg je 200, Heilbronn, Pieschen, Stettin, Dürheim, Osthal, Garburg, Düsseldorf, Leipzig III, Erlangen, Ettlingen, Lbbau, Weitschöchheim je 150, Gilenburg, Gorsch, Danzig, Müdelheim, Neuklingen, Lobeda, Moorburg, Nied, Ohlau, Trebbin, Neuschönefeld, Biersen, Rastatt, Göttingen, Wiberach, Feuerbach, Bassau, Radenburg, Hildorf, Lüneburg, Werferburg, Würrig, Bach, Königsberg, Blankenburg a. S., Osterwick, Neustadt a. S., Stendal, Schwemningen je 100, Nieder-Erlenbach 80, Güls 70, Hellern, Gorma, Minden, Spiegelberg, Walbheim je 50. Summa 21 650 Mk.

Zuschüsse erhielten: Essen, Barmen je 200, Stötterth, Würzen, Durlach je 150, Hamburg II, Speyer, Bunzlau, Dreifenhagen, Neustadt b. L., Müppurr, Bruchsal, Würzel, Detmold, Diezdorf, Basewall, Neuhofen, Gürth, Kleinhäusen je 100, Rempten, Förderstedt je 80, Langenberg 75, Kiedelbach 70, Frlbrshelm, Sülfeld, Wilhelmshäusen je 60, Mannsdorf, Friesenheim, Frlbrshelm, Wehlheiden je 50, Prenzlau 40. Summa 2975 Mk.

Krankengeld an Einzelmitglieder wurde gezahlt: 1072,57 Mk. U. Suck, Hauptkassierer.

